Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Kilpingbeck, Berlin.
Fernsprecher: Sammel-Nummer 4100/4199

Anschrift für Verlag und Geschäftsleitung: Berlin SW 61, Zeitungsstraße 5
Drahtanschrift: Sozialdienst

Die Zustellung erfolgt im Gebührenverfahren.
Der Bezug ist nur auf Grund schriftlicher Bestellung gestattet. Rückfragen betreffend Zustellung an den Briefträger, wenn nicht anders vereinbart, Stellungnahme für beide Seite in Berlin.

Berlin, den 6. Februar 1930

Steuererhöhungen statt Steuersenkungen ?

SPD. Das Reichskabinett hat am Mittwoch die Beratungen des Reichshaushalts für das Jahr 1930 begonnen. Trotz stundenlanger Debatte ist ein Ergebnis nicht erzielt worden. Man hat sich lediglich verständigt, am Freitag den Parteiführern die strittigen Fragen zu unterbreiten. Schon dieser äussere Verlauf zeigt die grossen Schwierigkeiten, die die Erledigung des Etats für 1930 verursachen wird. Dabei ist von Steuersenkung, von Steuerumbau und von dem Finanzprogramm überhaupt keine Rede mehr. Selbst die lautesten Rufer nach Steuersenkungen, die noch vor wenigen Wochen jeden als Ignoranten und Trottel zu bezeichnen pflegten der die Möglichkeit von Steuersenkungen verneinte, sind inzwischen ganz still geworden. Sie haben anscheinend doch eingesehen, dass ihre Pläne auf Senkung der Steuern um Milliarden auf Illusionen beruhten, die bereits jetzt durch die harte Wirklichkeit zerschlagen worden sind.

Noch vor wenigen Monaten glaubte die Öffentlichkeit, im Etat 1930 ständen 700 Millionen für Steuersenkungen zur Verfügung, also der volle Betrag der Ermässigung der Reparationsleistungen. Die Reichsregierung bezifferte im Dezember den aus der Youngerleichterung für Steuersenkungen zur Verfügung stehenden Betrag auf 350 Millionen. Der Etat für 1930, wie ihn Herr Moldenhauer dem Reichskabinett vorgelegt hat, erweist beide Behauptungen als falsch.. Er enthält statt eines Überschusses einen Fehlbetrag von rund 700 Millionen. Die Höhe des Fehlbetrages von 700 Millionen aber zeigt auch, dass er nicht allein durch das Schuldentilgungsgesetz hervorgerufen worden ist. Dieses Gesetz sieht nur eine Belastung von 450 Millionen Mark vor, zu der der Fehlbetrag von 154 Millionen aus dem Jahre 1928 und Mindereinnahmen an Steuern im Jahre 1929 von etwa 100 Millionen hinzutreten. Nach alledem ist kein Zweifel mehr, dass die schwierige Aufgabe des Etats von 1930 nicht die Verteilung von Überschüssen ist, sondern die Beschaffung von neuen Einnahmen, die nur durch Steuererhöhungen möglich erscheint.

Soweit man bisher die Pläne von Herrn Moldenhauer kennt, strebt er die Deckung des Fehlbetrages von 700 Millionen auf drei verschiedenen Wegen an. Erstens will er den für die Arbeitslosenversicherung erforderlichen Zuschuss von 230 Millionen durch die Herstellung der sogenannten Gefahrengemeinschaft von der Invalidenversicherung und der Angestelltenversicherung bezahlen lassen und nicht aus der Reichskasse. Zweitens sollen die Ausgaben um 100 Millionen gekürzt werden und zwar in erster Linie die Ausgaben des Arbeitsministeriums, des Wehrministeriums und des Verkehrsministeriums. Drittens soll für den Rest von 370 Millionen Deckung durch Steuererhöhungen beschafft werden. Entweder soll die Biersteuer um die Hälfte oder 180 Millionen und die Umsatzsteuer um 1/4 Prozent erhöht werden, was für das Reich eine Mehreinnahme von 190 Millionen bringen würde. Oder die Biersteuer soll verdoppelt und die Weinsteuer wieder eingeführt werden. Oder es sollen neben der Erhöhung der Biersteuer und neben der Weinsteuer der Kaffeezoll heraufgesetzt und die Rückstände bei Bier-,

Tabak- und Zuckersteuer durch Verkürzung der Zahlungsfristen vermindert werden.

Die von Herrn Moldenhauer ferner geplanten Ausgabekürzungen wird man sich erst im einzelnen ansehen müssen, ehe man endgültig zu ihnen Stellung nehmen kann. Dass im Reichsetat 100 Millionen eingespart werden können, ist nicht zweifelhaft. Aber man muss sie an der richtigen Stelle sparen. Und ob das geschehen soll, das ist noch mehr als fraglich. Kürzungen bei sozialen Ausgaben werden immer umso schwieriger sein, je schlechter die Wirtschaftslage, je grösser also die Zahl der Opfer des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist. Von diesem Standpunkt aus müssen die ernstesten Bedenken gegen die Absicht ausgesprochen werden, die Reichskasse auf Kosten der Sozialversicherung zu entlasten. Die Abbürdung des finanziellen Risikos der Arbeitslosenversicherung auf Invaliden- und Angestelltenversicherung gefährdet auch deren Leistungen. Selbst wenn man aber die Sozialversicherung nur zum zeitweiligen Darlehnsgeber der Arbeitslosenversicherung machen wollte, das Risiko selbst aber beim Reiche verbleiben würde, läge in einer solchen Massnahme eine überaus gefährliche Vorbelastung der Reichsfinanzen, die mit einer verantwortungsvollen Finanzpolitik nicht in Einklang zu bringen ist.

Der entscheidende Fehler in den Finanzplänen von Herrn Dr. Moldenhauer aber liegt in seinen Vorschlägen zur Steuererhöhung. Von dem Fehlbetrag von rund 700 Millionen entfallen 600 Millionen auf die Schuldentilgung, d.h. auf einmalige, nicht wiederkehrende Ausgaben. Dr. Moldenhauer will zu ihrer Deckung dauernde Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Biersteuer, der Umsatzsteuer usw. haben. Das aber ist weder wirtschaftlich gerechtfertigt, noch politisch erträglich. Wenn man schon die Wirtschaftslage nicht durch Steuerermässigungen erleichtern kann, so sollte man sie doch zum mindesten nicht durch Steuererhöhungen noch weiterhin erschweren, solange solche Steuererhöhungen vermeidbar sind. Vermeidbar aber ist mindestens die Umsatzsteuererhöhung, da es einmalige Einnahmen gibt, die für die Deckung des einmaligen Fehlbetrages herangezogen werden können. Neben den Steuerrückständen denken wir dabei in erster Linie an die Reserven der Bank für Industrieobligationen und der Reichsbank. Unterbleibt ferner die im Etat für 1930 bereits vorgesehene Teilsenkung der Industrieobligationen und der Rentenbankgrundschuld der Landwirtschaft, so wird man schon auf diesem Wege einen grösseren Betrag erhalten, als er durch die Umsatzsteuererhöhung erzielt werden kann.

Die Deckung des einmaligen Fehlbetrages durch dauernde Steuererhöhungen, insbesondere solche, die auf dem Verbrauch ruhen, ist aber auch politisch nicht erträglich. Verbrauchssteuern können nur unbefristet erhöht werden, weil, wenn einmal durch ihre Erhöhung eine Preissteigerung eingetreten ist, eine Ermässigung der Steuer nicht unter allen Umständen zu einer Ermässigung der Preise führt. Erfolgen aber unbefristete Verbrauchssteuererhöhungen, so wird im nächsten Etat, da der einmalige Fehlbetrag abgedeckt ist, ein Überschuss erscheinen, der dann zur Ermässigung von Besitzsteuern verwendet werden kann. Solchen Absichten muss aber rechtzeitig vorgebeugt werden. Daher glauben wir nicht, dass die Vorschläge von Dr. Moldenhauer eine geeignete Basis für die Verabschiedung des Etats 1930 darstellen.

SPD. New York, Ende Januar (Eig.Bericht)

Das Unwahrscheinliche ist im disciplinierten Amerika Ereignis geworden. Die Leiterin des Arbeitsdepartements des Staates New York, Miss Frances Perkins hat sich den Bundespräsidenten Herbert Hoover vorgeknöpft und ihm in unverblümter Form die Meinung über die Besserung auf dem amerikanischen Arbeitsmarkte, wie Hoover und die Bundesbehörden sie wahr haben wollen, gesagt. Das tapfere Auftreten der Miss Perkins, die in dem Beamtenapparat des Staates New York eine ungewöhnlich hohe Position einnimmt und das unbegrenzte Vertrauen der staatlichen Regierungssptitzen und der Parteimaschinerie geniesst, hat im

ganzen Lande Aufsehen erregt und wird der Bundesverwaltung in Washington noch manche schwere Stunde bereiten.

Nicht, dass Miss Perkins ihrer gegenteiligen Ansicht über die Lage auf dem Arbeitsmarkte in sensationeller Form Ausdruck verschafft und im gebrechlichen Porzellanladen der Politik und Wirtschaft eine allgemeine Karambolage angerichtet hat. Ganz im Gegenteil. Sie hat sich lediglich darauf beschränkt, ihr amtliches Erstaunen zum Ausdruck zu bringen und an Hand des Regierungsmaterials festzustellen, dass zum mindestens im Staate New York, dem wirtschaftlichen und industriellen Herzen Amerikas, das Gegenteil von der durch die Bundesregierung festgestellten Besserung wahr ist. Das Departement stützt seine Feststellungen auf die Wochenberichte von 1700 Industriebetrieben im Staate New York, die alle für die erste Januarhälfte über den niedrigsten Beschäftungsstand seit Oktober 1929, dem Monat der Börsenkrisen, zu berichten wissen. Auch gegenüber dem Dezember hat der Beschäftigungsgrad im Januar eine weitere Abnahme erfahren. So betrug der Rückgang in den Stein-, Lehm- und Glasindustrien 12,6 %, in der Holzindustrie 6,2 %, in Leder und Gummi 2,8 %, in Papier und Textilien 2,6 %, in Chemikalien und Farben 1,6 % und - was das wichtigste in dieser Statistik ist - in den Lebensmittel- und Tabakindustrien, die einen direkten Gradmesser für den Lebensstandard der Bevölkerung darstellen, 6,8 %. In vier Industrien wurden leichte Besserungen festgestellt, diemit Saison-Erscheinungen zu erklären sind.

Bei aller Sachlichkeit konnte sich die Leiterin des Departements nicht verkneifen, den Unterschied zwischen ihren Ziffern und denen Hoovers, die nach ihren eigenen Worten sehr hastig zusammengestoppelt sein müssen, aufzuzeigen und das enorme Missverhältnis als sonderbar zu bezeichnen. Der Gegensatz zwischen den Feststellungen der Bundesregierung und des Staates ist mehr als sonderbar und lässt auf eine deutliche Tendenz der Hoover-Regierung schliessen, die Nation über den Ernst der Lage hinwegzutäuschen. Der zur Schau getragene Optimismus der Bundesbehörden ist keineswegs gerechtfertigt und kann nur dazu dienen, die Massen in ein Gefühl falscher Sicherheit zu wiegen, das eines Tages mit einem nüchternen Aufwachen und einer allgemeinen Panik enden muss. Daher drängt auch Miss Perkins auf die sofortige Inangriffnahme der seit langem versprochenen Notstands- und Municipalarbeiten und betont die Notwendigkeit, die Öffentlichkeit über die wirkliche Lage auf dem Laufenden zu halten.

Die "Conference for Progressive Labor Action" schlägt in dieselbe Kerbe und kommt auf Grund ihrer eigenen Untersuchungen der amerikanischen Wirtschaftslage zu denselben Schlüssen wie Miss Perkins. Die fortschrittliche Gruppe, die in den offiziellen Kreisen der American Federation ob Labor immer mehr auf Widerstand stösst, weil sie den Mut hat, sich offen zum Grundsatz des "Aussprechen, was ist" zu bekennen, tritt mit aller Entschiedenheit für ein konstruktives Notstandsprogramm ein und bezeichnet die bisherigen Stabilitätsbemühungen und irreführenden Nachrichten der Hoover-Regierung als einfachen Publizitätshumbug. In Wirklichkeit ist bisher nichts geschehen, zum mindesten nicht mehr als was in der amerikanischen Wirtschaft auch ohne die tagelangen Konferenzen im Weissen Hause geschehen wäre. Über allen Plänen hängt das Problem, die für die Notstandsarbeiten nötigen Geldmittel aufzutreiben, ein Problem, das mitten in das Herz der amerikanischen Wirtschaft trifft. Dabei kann ganz ausser Acht gelassen werden, ob diese Gelder durch privatindustrielle Bemühungen oder durch Regierungskredite besorgt werden, wenn überhaupt.

Wo immer die Rede auf die geplanten Notstandsarbeiten kommt, wird die Sonne von den riesigen Milliardenziffern, die angeblich schon da oder auf dem Wege sind, verdunkelt. Dabei sei nicht vergessen, dass nur 5 % der für diese Arbeiten in Betracht kommenden Gelder auf die Bundesregierung und die übrigen 95% auf die Bundesstaaten, Stadtverwaltungen und andere Lokalbehörden entfallen. Das bedeutet, dass Lokalfragen und Lokalpolitiker zu entscheiden haben, ob,

in welchem Masstabe und unter welchen Bedingungen die wunderschönen Notstandspläne in Washington in Angriff genommen und verwirklicht werden. Unter solchen Umständen kann von einem vernünftigen Aufbau des Regierungssystems gegen die Ausbreitung der Wirtschaftskrise nicht die Rede sein.

SPD. Das Zentralorgan der KPD hat bisher alle Meldungen über den geplanten Verkauf des Parteieigentums der KPD an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hartnäckig als "olle Kamellen" und "blödsinnige Erfindungen" bezeichnet. Inzwischen scheinen die Pläne des "Geheimdirektoriums" der KPD., die Pläne der Herren Thälmann, Remmele, Münzenberg und Neumann in weitere Kreise gedrungen zu sein, denn das Berliner "Tempo" weiss darüber am Donnerstag nähere Einzelheiten zu berichten, denen wir folgendes entnehmen :

"Wie weit das "Geheimdirektorium" bei dem beabsichtigten Verkauf eigene Vorteile im Auge hatte, lassen wir dahingestellt. Tatsache ist aber eins: von der Anzahlung von zwei Millionen Mark sollte nur eine Million Mark durch die Bücher gehen, die andere sollte spurlos verschwinden. Vielleicht weiss der Architekt Alfre Wilk in Schöneberg, Hauptstrasse 24, Bescheid, in welcher Weise diese Million verteilt werden sollte. Herr Wilk ist nämlich der Vertrauensmann der Kommunistischen Zentrale und damit beauftragt, die Gebäude und Druckereien zu verkaufen.

Zunächst wurden Verhandlungen mit Leuten, die Hugenberg nahestehen, angebahnt. Eine Kommission reiste im Lande umher und besichtigte die Druckereibetriebe und Gebäude. Die Verhandlungen waren noch nicht zum Abschluss gekommen - sie zerschlugen sich später -, da gelang es Herrn Wilk, einen neuen Interessenten zu gewinnen in der Person des Kaufmanns Artur Müller aus der Klopstockstrasse 2.

Auf Grund stichhaltigen Materials können wir ganz bestimmt versichern, dass von den Verhandlungen zwischen Wilk und Müller der sozialdemokratische Parteivorstand von Anfang an Kenntnis hatte. Es fanden zwischen den beiden Partnern Besprechungen im Reichstag statt, die in den Büroräumen des Herrn Wilk in der Leipziger Strasse 39, in Berliner Lokalen und mehrmals im Café Fürstenhof fortgesetzt wurden.

Man einigte sich schliesslich auf folgender Basis: Der Käufer sollte 8½ Millionen für das gesamte Objekt zahlen, davon sollten 2 Millionen angezahlt werden. Um das Geschäft recht schmackhaft zu machen, garantierte die Kommunistische Partei, in deren Besitz die Zeitungsverlage bleiben sollten, Papier- und Druckaufträge in Höhe von jährlich 7 Millionen Mark für die Dauer von zehn Jahren. Auch die "Peuvag", die kommunistische Inseratenzentrale, sollte in den Besitz des Käufers übergehen. Für die Durchführung des Vertrages sollten die Geschäftsführer sämtlicher kommunistischer Verlage persönliche Garantie übernehmen. Dabei sollte der Käufer das Recht haben, Angestellte und Arbeiter nach seinem Belieben zu entlassen und zu ersetzen.

Dass es soweit nicht gekommen ist, ist nicht das Verdienst der Kommunistischen Partei. Dadurch, dass die Kommunisten offensichtlich in den letzten Wochen auf ein Verbot ihrer Partei hinarbeiteten, wurden die Sozialdemokraten stutzig. Sie sagten sich, wenn wir das Geschäft machen, um die kommunistischen Druckereien in unsere Hand zu bekommen, wer garantiert uns für die Durchführung des auf zehn Jahre berechneten Lieferungsvertrages in Höhe von 70 Millionen Mark? Ist die Kommunistische Partei erst einmal verboten, dann sind auch die Unterschriften ihrer Geschäftsführer keinen Pfifferling wert. Und so kam es denn im Laufe der vergangenen Woche zum Abbruch der Verhandlungen."

\+ \+ \+

Will die "Rote Fahne" im Namen des "Geheimdirektoriums" der KPD. auch diese sachlichen Behauptungen des "Tempo" bestreiten? Sie mag sich weiterhin winden und drehen, sie mag weiterhin versuchen Tatsachen durch unverschämte

Lügen aus der Welt zu schaffen: das letzte Wort in der Angelegenheit ist vorläufig noch nicht gesprochen. Dass die Sozialdemokratische Partei übrigens niemals ernsthaft daran gedacht hat kommunistische Druckereien aufzukaufen um kommunistische Zeitungen zu drucken, dürfte jeder vernünftige Mensch als selbstverständlich annehmen.

SPD. München, 6.Februar (Eig.Drahtb.)

In der Kulmbacher Mordaffäre Meussdörffer hat sich nun einwandfrei ergeben, dass die Selbstbezichtigungen der Arbeiter Schuberth und Popp, sie seien in die Villa Meussdörffer eingestiegen und hätten durch ihr Verhalten den Tod der Frau herbeigeführt, unmöglich den Tatsachen entsprechen können. Nach Feststellungen der zuständigen Untersuchungsbehörde in Bayreuth haben sich Schuberth und Popp zu der in Frage kommenden Zeit nicht in der Villa Meussdörffer befunden.

Die sozialdemokratische "Fränkische Volkstribüne" weiss ausserdem mitzuteilen, dass Schuberth in der Mordnacht zu Hause gewesen sei und gegen elf Uhr nachts von seiner Wohnung aus mit Leuten auf der Strasse gesprochen habe, während Popp an einer nationalsozialistischen Versammlung teilnahm. Am Mittwoch überreichte im übrigen der Bruder des Schuberth der Redaktion der "Fränkischen Volkstribüne" einen Brief seines im Gefängnis befindlichen Bruders Fritz, datiert vom 19.Januar 1930, worin dieser mitteilt, dass er als Mörder der Frau Meusdörffer nicht in Betracht komme und sich nur deshalb der Täterschaft bezichtigt habe, um seiner Familie die 6 000 Mark Belohnung zu sichern. Die Bayreuther Gerichtspressestelle gibt ausserdem bekannt, dass Schuberth dem Untersuchungsrichter gegenüber seine Selbstbeschuldigung bereits widerrufen hat.

SPD. Vor wenigen Tagen äusserte die Berliner schwerindustrielle "Deutsche Allgemeine Zeitung" ihre Zufriedenheit mit den Kommunisten in folgenden Worten:

"Was die Kommunisten betrifft, so haben sie in bestimmten Grenzen für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion. Die Frage ist nur, ob diese Grenzen bereits erreicht oder gar überschritten worden sind. Die Kommunisten müssen verhindern, dass die Sozialdemokratie übermächtig wird, sie sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat so lange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie wirken."

In der Donnerstag-Morgenausgabe charakterisiert die gleiche schwerindustrielle "Deutsche Allgemeine Zeitung" ihre Bundesgenossen und das kommunistische "Werkzeug" "für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat" folgendermassen :

"Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, dass die ganze nun enthüllte tolle Geschichte (Alias-Höhler) auch denjenigen bekannt werden wird, die von ihren Höchstkommandierenden mit allen Mitteln in Dummheit und Urteilslosigkeit zu erhalten versucht werden. Auch diesen Leuten müssen ja einmal die Augen auf- und übergehen, wenn sie erkennen, aus welchem Material sich ihre Führerschaft rekrutiert: aus Passfälschern, Raufbolden, Zuhältern und bestsituierten Villenbesitzern, die sich ihren aus Liebhaberei betriebenen politischen Radikalismus eine gehörige Stange Geld kosten lassen können."

Diese Sorte Bundesgenossen wünschen wir der "D.A.Z." und dem "kapitalistischen Staat" von ganzem Herzen.

SPD. Budapest, 6.Februar (Eig.Drahtb.)

Der sozialdemokratische Abgeordnete Estergalyos interpellierte den Innenminister am Donnerstag wegen Gewalttätigkeiten der Polizei gegen Feldarbeiter in Abony. Als die Feldarbeiter sich organisierten, liess der Leiter der Polizei die Führer der Bewegung verhaften und als sie sich als Sozialdemokraten bekannten, prügelte er sie eigenhändig blutig. Er übergab sie schliesslich mehreren Polizisten, die sie in der Zeit von Sonntag abend bis Montag früh mit Bleiknüppeln bearbeiteten. Dann wurden sie blutend auf die Strasse geworfen.

Der Innenminister gab in seiner Antwort zu, dass die Verletzungen der Arbeiter durch Schläge mit einem harten Gegenstand verursacht wurden. Aus dem ärztlichen Zeugnis gehe aber nicht hervor, dass die Arbeiter von den Polizisten geschlagen wurden. Diese skandalöse Antwort rief bei den Sozialdemokraten starke Entrüstung hervor.

SPD. Brüssel, 6.Februar (Eig.Drahtb.)

Aussenminister Hymans antwortete am Donnerstag in der Kammer auf die Rede Vanderveldes über die Beziehungen zu Sowjetrussland.

Hymans lehnt die diplomatische Anerkennung ab, solange keine Garantien dafür vorhanden sind, dass Moskau sich der Organisierung der Propaganda enthalten wird. Dass den Versprechungen der Sowjetregierung nicht zu glauben sei, zeigten die jüngsten Erfahrungen in England. Handel lasse sich auch ohne die amtliche Wiederaufnahme der Beziehungen treiben. Das zeigten die Amerikaner. Tatsächlich beständen auch zwischen Belgien und Russland Handelsbeziehungen. Im übrigen habe auch Vandervelde als Aussenminister die diplomatischen Beziehungen zu Russland nicht wieder aufgenommen. Er dürfe sich infolgedessen nicht darüber beklagen, wenn sein Nachfolger die gleiche Haltung einnehme.

Auf diesen Angriff antwortete Vandervelde, er habe die diplomatische Anerkennung Sowjetrusslands nicht vollzogen, weil es ihm nicht gelang, die damalige Koalitionsregierung in diesem Punkte zu seiner Politik zu bekehren. Er werde jedoch nicht wieder in eine Regierung eintreten, die die Anerkennung Sowjetrusslands nicht in ihr Regierungsprogramm aufnehme.

SPD. Der Sklarek-Ausschuss des Preussischen Landtages trat am Donnerstag zur Entgegennahme eines Vortrags des Berliner Bürgermeisters Scholz über die Finanzlage der Stadt zusammen. Die Berliner Funkstunde hatte beantragt, und der kommunistische Ausschussvorsitzende Schwenk hatte genehmigt, dass dieser Vortrag auf den Rundfunk übernommen werde. Aber dazu kam es nicht. Zunächst erhoben Deutschnationale, Volkspartei und Wirtschaftspartei gegen die Übertragung Einspruch: entweder müsse die ganze Ausschussverhandlung von der ersten bis zur letzten Stunde übertragen werden oder garnichts. Natürlich weiss jedes Kind, dass man nicht die ganzen Verhandlungen übertragen kann. Wenn man alle Reichstags- und Landtagsverhandlungen und alle Untersuchungs- und sonstigen Ausschüsse auf den Sender übertragen wollte, müsste vor allem noch eine Anzahl neuer Wellen reserviert werden. Aber auch für diesen Fall würde nach längstens drei Tagen kein Mensch mehr in der Lage sein, sich die entsetzliche Rederei anzuhören. Bei Stimmenthaltung des Zentrums wurde schliesslich mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Demokraten und Kommunisten gegen die Rechte beschlossen, dass die Funkstunde übertragen dürfe, was sie wolle.

Wer nun aber geglaubt hätte, dass der Vortrag des Bürgermeisters beginnen könnte, wurde enttäuscht. Denn die Kommunisten eröffneten, unterstützt von der gesamten Rechten, eine lange Geschäftsordnungsdebatte, die mit Geschäftsordnung nicht das Geringste zu tun hatte. Sie überschütteten den Bürgermeister Scholz mit Vorwürfen, die ganz andere Dinge der Stadtverwaltung be-

trafen; sie stellten in Form von Fragen die unsinnigsten Behauptungen über die Berliner Finanzgebahrung auf, sie suchten um die Wette politische Reden ins Radio hineinzuschreien. Den Höhepunkt erklomm der Deutschnationale Hilger-Spiegelberg, der plötzlich erklärte, dass die ganze Demokratie nur Lug und Trug wäre. Der Vorsitzende Schwenk liess das alles seelenruhig über sich ergehen, und nur als der Demokrat Riedel Schluss dieser sogenannten Geschäftsordnungsdebatte beantragte, weigerte er sich, den Antrag zur Abstimmung zu bringen. Da ein Ende dieser Auseinandersetzungen nicht abzusehen war, verzichtete die Funkstunde auf die weitere Übertragung.

Nun wurde es sehr bald mäuschenstill und Herr Bürgermeister Scholz konnte seinen Vortrag über die Finanzlage beginnen. Er hatte nicht einmal fünf Minuten gesprochen, und schon waren sämtliche Kommunisten aus dem Sitzungssaal verschwunden. Die deutschnationalen Herren Pastor Koch und Hilger-Spiegelberg waren ihren Freunden schnellstens gefolgt. Der Kommunist Obuch kehrte später noch mal auf ein paar Minuten in den Sitzungssaal zurück und machte dem Bürgermeister Zwischenrufe, musste sich aber von diesem dahin belehren lassen, dass die von ihm gewünschten Auskünfte bereits in seiner Abwesenheit gegeben waren.

Man sage nicht, dass dieser Versuch der Rundfunk-Übertragung ergebnislos gewesen wäre. Sprechen sollte ein volksparteilicher Bürgermeister über die Finanzlage Berlins. Das hinderte nicht einmal die Volksparteiler Obstruktion zu treiben. Deutlich hörten es die Rundfunkhöhrer mit an, wie Kommunisten und Rechtsparteien garnicht daran denken, im Parlament sachlich zu arbeiten oder von ihnen behauptete Misstände festzustellen, sondern dass nur Radau und Geschwätz Gegenstand ihres Interesses sind. Einen schöneren Anschauungsunterricht kann es garnicht geben. Nicht das Parlament, wohl aber Kommunisten und Rechtsparteien haben sich wieder einmal in ihrer ganzen Würde gezeigt und vor aller Öffentlichkeit demonstriert, dass sie auch mit den Untersuchungsausschüssen nichts als parteipolitische Hetze betreiben wollen.

Der Vortrag des Bürgermeisters war trotz einer etwas langen Einleitung über den Finanzausgleich sehr interessant und lehrreich. Scholz wies Punkt für Punkt nach, dass von schlechter oder leichtfertiger Finanzwirtschaft eigentlich nicht gesprochen werden kann. Es ist in Berlin plötzlich ein Fehlbetrag von 70 Millionen entstanden, weil die Wohlfahrtsausgaben durch die unvorhergesehen grosse Arbeitslosigkeit um 30 Millionen gestiegen sind, die Steuern infolge Absinkens der Konjunktur 20 Millionen weniger ergeben haben und die Polizeikosten durch den neuen Polizeikosten-Lastenausgleich 20 Millionen Mehrausgabe erfordert haben. Diese 70 Millionen sollten im Anleihewege beschafft werden, und für die Anleihe war bei Dillon Read & Co. alles fertig, als der Reichsbankpräsident sie zerschlug.

Die Deutschnationalen Koch und Koennecke bemühten sich nach Scholz stundenlang zu erweisen, dass Wohlfahrtsmittel und Gelder der Wohnungsfürsorge angegriffen worden seien. Immer wieder suchten Oberpräsident Maier und Bürgermeister Scholz ihnen auseinanderzusetzen, dass diese Behauptungen nicht nur unwahr, sondern auch sinnlos seien. Die Stadt führe nur eine Hauptkasse, und durch diese Hauptkasse gingen auch die Gelder der Wohnungsfürsorge und die Wohlfahrtsmittel. Selbstverständlich sei die Stadthauptkasse immer in der Lage gewesen, die zweckbestimmten Gelder auch den Zwecken zuzuführen, für die sie bestimmt waren. Oberpräsident Maier entwickelte ein geradezu seltenes pädagogisches Talent, die Kassenführung einer Grosstadt so gemeinverständlich darzustellen, dass halbwegs begabte Volkschüler hätten folgen können. Aber Herr Pastor Koch und Herr Koenecke begriffen doch nicht. Und es ist wirklich schade, dass die Radiohörer nicht auch das mit anhören konnten. Vielleicht hätten sich die Wähler einmal Gedanken darüber gemacht, dass man zu Abgeordneten doch nicht ausgerechnet die dümmsten Kerle aussuchen muss.

Am Freitag wird Stadtsyndikus Lange gehört.

SPD. Paris, 6.Februar (Eig.Drahtb.)

Die rechts stehenden Elemente der Kammerfraktion der radikalen Linken befassten sich am Donnerstag mit dem Zwischenfall Tardieu-Daniélou. Ohne sich klar für oder gegen die Regierung zu entscheiden, nahm die Fraktion eine Entschliessung an, die immerhin eine Desavouierung ihres Vorsitzenden Daniélou bedeutet. Die Resolution besagt, dass die Gruppe in ihrer Majorität der Politik des Kabinetts Vertrauen entgegenbringe und ihren Vorsitzenden daher ersuche, im Falle einer neuen Einladung des Ministerpräsidenten an den Beratungen der Mehrheitsgruppen teilzunehmen.

Die Annahme der Entschliessung erfolgte mit 27 gegen 5 Stimmen bei 20 Enthaltungen. Die linksgerichteten Elemente der Gruppe hatten sich von der Sitzung ferngehalten.

SPD. Jm Jornsprozess traten am Donnerstag Georg Ledebour und Rechtsanwalt Alsberg, Oberst a.D.Reinhardt und Staatsanwalt Orthmann als Zeugen auf.

Der beinahe 80 jährige Ledebour wird von dem Vorsitzenden immer wieder unterbrochen: "Das wollen wir nicht hören; das interessiert uns hier nicht." Temperamentvoll lehnt sich Ledebour deshalb immer wieder dagegen auf, dass man ihm das Wort beschneiden will. Er war damals Obmann einer Kommission, die mit der Regierungspartei wegen eines Ausgleichs verhandeln sollte. Aber noch ehe diese Verhandlung zustandekam, wurde er - es war in der Nacht vom 10. auf den 11. Januar 1919 - von Soldaten ohne einen Haftbefehl festgenommen und zuerst in das Kronprinzenpalais, dann in die Militärarrestanstalt an der Lehrter Strasse gebracht. Hinterher hat Ledebour erfahren, dass die Offiziere des Transportes beabsichtigten, ihn erschiessen zu lassen, dass die Mannschaften aber diesem Befehl nicht nachgekommen sind. Fünf Monate hat er in strenger Einzelhaft gesessen. Beim Spaziergang auf dem Hof sah er einmal, wie ein Posten sein Gewehr anlegte und in ein Fenster schoss. Als er ihm das verwies, erklärte er, ein Gefangener habe sich am Fenster gezeigt. Tatsächlich ist ein Einschuss am Fenster festgestellt worden. Ein Wärter warnte Ledebour, einen verbotenen Hof zu betreten, mit den Worten: "Tun Sie das nicht, sonst könnte eine Handgranate aus dem Fenster fliegen und hinterher ist es niemand gewesen." Zu der Frau Ledebours, die ihn täglich mit Nahrung versorgte, sagte der Kommandant des Gefängnisses: "Jch kann mich hier für das Leben Jhres Mannes nicht verbürgen. Jch habe mehrmals bei der Staatsanwaltschaft deswegen angeklingelt, aber umsonst." Kurz darauf sei dieser menschenfreundliche Kommandant zur Disposition gestellt worden.

Der damalige Berliner Stadtkommandant, ein massiver, sehr bestimmt auftretender Offizier in Zivil, stellt sich, nach seinen Personalien befragt, vor als "Reinhardt, königlich preussischer Oberst a.D." Während er in bramarbasierendem Ton schildert, wie er, um Berlin vor den Matrosen zu retten, sein ehemaliges Regiment zusammengetrommelt und sich zum Herrn der Situation gemacht habe, ruft der Zeuge Ledebour immer wieder erregt dazwischen: "Unsinn!" und "Das ist nicht wahr!" - bis ihm der Vorsitzende das verbietet. Die Militärarrestanstalt, erklärt Reinhardt, "war mein Gefängnis". Er habe alles, was ihm "unordentlich schien", da hineingesperrt: "Jch habe mir von der Garde-Kavallerie-Schützendivision nicht dreinreden lassen! Allzuviel dreinreden liess ich mir auch von der Regierung nicht!" Die Zustände seien schliesslich unerträglich geworden. 4500 Mann hätten, zu 5 und 6 in einer Zelle, im Gefängnis gelegen. Aber das habe ihn alles nicht gehindert, für die Offiziere Extravergünstigungen anzuordnen. Auf die Frage eines Beisitzers: "Es kam doch trotz der Ueberfüllung vor, dass ein Gefangener eine Einzelzelle bekam, zum Beispiel Georg Ledebour?" antwortete er, ohne zu ahnen, dass Ledebour hinter ihm sass: "Ledebour war ein ganz alter Herr - ich wollte sagen: ein ganz alter Mann - auf den musste besonders Rücksicht genommen werden; er wurde besser behandelt. (Heiterkeit) Wenn mir von der Division Vorschläge zur Aenderung gemacht worden wären, hätte ich diese berücksichtigt. Auch auf Weisungen des Kriegsministers würde ich geachtet haben."

An den Bekundungen des Staatsanwalts Orthmann, der an den mehr aks sonderbaren Methoden des Jorns nicht das geringste auszusetzen fand, sondern stets ein Herz und eine Seele mit ihm war, was hinterher das Misstrauen Otto Landsberg in die Zivilgerichtsbarkeit glänzend rechtfertigt ist nur von Jnteresse, dass er "bei der kurzen Privatvernehmung des Runge nicht zugegen war", während er sonst fast stets zugezogen wurde und er sich über die Begründung des Haftbefehls gegen Vogel mit "Wachvergehen" wunderte. Ganz reinwaschen kann auch dieser Beamte seinen Kollegen Jorns nicht.

Schwer belastet wird Jorns dagegen durch Rechtsanwalt Alsberg, dem zugemutet worden war, zugleich mit den Liebknecht-Mördern auch die Mörder der Rosa Luxemburg und zuletzt gar noch Runge mit zu verteidigen. "Das war so stark ungewöhnlich, dass ich zu meinem Kollegen Grünsbach sagte: "Wenn daraus nur keine Schweinereien entstehen", und die Verteidigung niederlegte. Er hat natürlich sofort durchschaut, dass die beiden Morde, die am selben Abend, fast zur selben Stunde, von demselben Ort aus unternommen wurden, in einem inneren Zusammenhang standen. Einzig Herr Jorns hat das nicht bemerkt. Er behauptet auch heute noch, er sei nicht davon überzeugt, dass Hauptmann Pabst ihm gegenüber die Unwahrheit gesagt habe!

SPD. Neustrelitz, 6.Februar (Eig,Drahtb)

Jn der Donnerstagsitzung des Landtages von Mecklenburg-Strelitz äusserte sich der sozialdemokratische Staatsminister Dr. von Reibnitz zu der Frage eines eventuellen Anschlusses von Mecklenburg-Strelitz an Preussen.

Der Minister führte u.a. aus, die Staatsregierung habe immer wieder zu prüfen, ob Mecklenburg-Strelitz noch die Fähigkeit zur Erhaltung seiner eigenstaatlichen Existenz besitze. Nach Fertigstellung des Etats für 1930 sei sie jedoch zu der Einsicht gekommen, dass die natürliche Entwicklung die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit des Landes nicht mehr gestatte und es daher geboten erscheine, die Ermächtigung des Landtages zu möglichst baldigen Anschlussverhandlungen einzuholen. Es müsse Aufgabe der Regierung sein, den Anschluss zum richtigen Augenblick anzubahnen, und zwar müsse das zu einer Zeit geschehen, wo das Vermögen des Freistaates noch so beträchtlich sei, dass es eine starke Verhandlungsbasis garantiere. Mecklenburg-Strelitz müsse seinen Einwohnern in der Form eines Zweckverbandes seiner Gebiete erhalten bleiben. Bei Aufrechterhaltung der Selbständigkeit des Landes müssten durchschnittlich im Jahre zwei Millionen Mark Anleihen aufgenommen werden. Das bedeute eine immer mehr wachsende Verschuldung des Landes. Die bisher mit Preussen geführten Anschlussverhandlungen hätten nur inoffiziellen Charakter getragen und eine unverbindliche Fühlungnahme bezweckt.

SPD. London, 6. Februar (Eig.Drahtb.)

MacDonald hat am Donnerstag in Anwesenheit des amerikanischen Delegationsführers zur Flottenkonferenz, des japanischen Hauptdelegierten und des Vertreters der Dominien eine Frauendelegation empfangen, die im Namen von 20 Millionen, in verschiedenen pazifistischen Frauenorganisationen zusammengeschlossenen Frauen nach London entsandt worden war.Die Delegation überreichte dem Ministerpräsidenten Entschliessungen der Frauen Amerikas,Englands,Japans und Frankreichs.

MacDonald betonte in seiner Antwort auf die Ansprache der Delegierten, dass Worte niemals dem Ausdruck zu geben vermögen,der den Frauen für ihre Bemühungen um das Zustandekommen der Konferenz gebühre.Das grosse Problem der Konferenz laute,Friede mit Sicherheit zu verbinden.Falls es den Staatsmännern gelingen werde, den Völkern das Gefühl der Sicherheit zu verschaffen, so sei jeder zukünftige Versuch böswilliger Politiker,bei ihren Parlamenten grössere Summen für Rüstungszwecke zu erlangen, zum Scheitern verurteilt.

SPD. Genf, 6.Februar (Eig.Drahtb.)

Die schwierigste Frage der diesjährigen Verwaltungsratstagung des Internationalen Arbeitsamts scheint dieAngestelltenfrage zu werden. Es gelang der Unterkommission für die Zusammensetzung des Angestelltenausschusses bisher nicht, zu einer Einigung zu kommen. Ein Versuch, diesen Unterausschuss mit dem Ausschuss für geistige Arbeiter zusammenzusetzen und auf diese Weise ein Kompromiss zwischen Angestelltenausschuss und dem Ausschuss für geistige Arbeiter anzubahnen, misslang, da namentlich der deutsche Regierungsvertreter, Ministerialrat Dr. Weigert, im Einklang mit der Forderung der Angestellten, gesunderte Durchführung des Beschlusses auf Gründung eines ständigen Angestelltenausschusses bestand. Die deutsche Regierung hat durch ihren Vertreter dem Präsidenten des Verwaltungsrates einen Brief übergeben lassen, in dem sie darauf besteht, dass die Angelegenheit, die schon im vorigen Oktober unnötigerweisevertagt wurde, diesmal endgültig entschieden wird.

Im übrigen erledigte der Verwaltungsrat am Donnerstag eine Reihe laufender Arbeiten, wobei fast alle Entscheidungen auf die Apriltagung verwiesen wurden. So sollen im April die Berichte über die vor zehn Jahren in Washington geschaffenen Konventionen, die1931 nachgeprüft werden müssen, vorgelegt werden. Der schwedische Arbeitnehmer regte an, künftig bei der Einforderung der Jahresberichte der Regierungen über die Durchführung der von ihnen ratifizierten Abkommen gleichzeitig anzufragen, aus welchen Gründen sie die übrigen Abkommen nicht ratifiziert hätten. Gegen diese Anregung erhoben der englische Arbeitgeber und der englische Regierungsvertreter im Namen der Souveränität Einspruch, während der deutsche Regierungsvertreter sie begrüsste. Auch diese Frage wird im April entschieden werden.

SPD. Leipzig, 6.Februar (Eig.Drahtb.)

Vor dem 2.Strafsenat des Reichsgerichts bekannte sich der Vertreter der Reichsanwaltschaft Hauck am Donnerstag zu seltsamen, eines Richters unwürdigen Auffassungen über Anstandspflichten. Hauck zeigte sich als Jurist, der in der Republik längst unmöglich sein sollte.

Der Kaufmann Max Fillusch aus Gleiwitz wurde kürzlich wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte auf der Fahrt in einem Strassenbahnwagen von Gleiwitz nach Hindenburg die Republik einen Saustall genannt, den sozialdemokratischen Innenminister Grzesinski als einen Gewerkschaftsbonzen und den früheren Minister Rathenau als Juden und Verräter bezeichnet. Das Landgericht Gleiwitz sprach den Verleumder im Berufungsverfahren trotz seiner Gemeinheiten schliesslich frei. Dagegen legte der Staatsanwalt Revision beim Reichsgericht ein.

Der Vertreter der Reichsanwaltschaft Hauck erklärte am Donnerstag vor dem 2.Strafsenat des Reichsgerichts, dass er die Revision nicht vertreten könne, da sie gegen seine innere Überzeugung gehe. Er sei sich klar, dass ihm diese Auffassung starke Angriffe der Presse einbringen werde und er bitte ausdrücklich darum, sie gegen seine Person zu richten. Als Erkennung der Beschimpfung sei nicht die Form, die das Reichsgericht bisher angenommen habe, massgebend, sondern die Gemeinheit der Gesinnung und dies sei dem Angeklagten nicht nachgewiesen worden. Ebenso sei nachzuweisen, ob der Angeklagte mit Saustall der Republik den Reichstag oder die Republik gemeint habe. Dass der Angeklagte die verfassungsmässig festgelegteStaatsform beschimpft habe, gehe aus dem Urteil ebenfalls nicht hervor. Um den Begriff der Beschimpfung zu illustrieren, wolle er ein Jugenderlebnis wiedergeben. Er habeim Jahre 1902 als Referendar mit angehört, wie ein Strassenhändler einen Passanten beleidigte und habe sich damals gewogen gefühlt, den Händler zu fragen, wie er als anständiger Mensch dazu käme, solche unanständigen Worte zu gebrauchen. Er selbst sei sich dabei vorgekommen wie eine Gouvernante aus einem christlichen Hospiz

zur Mädchenerziehung. Der Strassenhändler habe ihm geantwortet: "Wir sind keine anständigen Menschen". Als Gegenbeispiel, wie mit feinen Worten rohe Beschimpfungen gesagt werden könnten, bezeichnete er einen Artikel Gustav Mayerinks über Richard Wagner, der in der "Leipziger Volkszeitung" erschienen sei. Dass der Angeklagte den verstorbenen Minister Rathenau einen Juden und Verräter genannt habe, sei keine Beschimpfung im Sinne des Republikschutzgesetzes, denn dass er Jude war, wäre bekannt und die Beschimpfung Verräter sei die eigene Gesinnung des Angeklagten. Im Sinne seiner verworrenen Ausführungen beantragte Herr Hauck schliesslich die Revision zu verwerfen.

Der Senat kam zur Aufhebung des Urteils zweiter Instanz, das zu Unrecht angenommen habe, dass § 7 des Republikschutzgesetzes aufgehoben sei.

SPD. London, 6.Februar (Eig.Drahtb.)

Der Entschluss der fünf Delegationsführer der Flottenkonferenz, auf die Tagesordnung der Vollsitzung vom kommenden Dienstag die Unterseebootfrage zu setzen, hat, wie der "Daily Herald" meldet, ein bezeichnendes Nachspiel gefunden.

Der französische Ministerpräsident hat sich veranlasst gesehen, die Initiative, die in der Unterseebootfrage seit jeher bei den Engländern und Amerikanern gelegen hatte, an sich zu reissen und wissen lassen, dass die französische Delegation am Dienstag durch den Mund des französischen Marineministers Leygues einen Antrag auf "Humanisierung" der Unterseebootwaffe einbringen werde. Die Franzosen werden bei dieser Gelegenheit u.a. beantragen, dass Handelsschiffe von Unterseebooten nur dann torpediert werden dürfen, wenn sie voll bewaffnet sind und alle Massnahmen für eine Rettung der Mannschaft getroffen sind. England und Amerika sind seit jeher für die Abschaffung der Unterseeboote und im Falle der Undurchführbarkeit dieses Vorschlages, für eine Einschränkung der Unterseeboote eingetreten, während Frankreich seit 1921 keine Gelegenheit ungenützt gelassen hat, um seiner Gegnerschaft gegen derartige Pläne Ausdruck zu geben. Tardieu hat nunmehr erkannt, dass der französische Widerstand ein Scheitern der Konferenz in einem ihrer wichtigsten Punkte zur Folge haben würde und scheint entschlossen zu sein, aus seiner Not eine Tugend zu machen.

Es ist unverkennbar, dass Tardieus Versuch, die Initiative für sich zu beanspruchen in englischen und amerikanischen Kreisen verstimmt hat. Der diplomatische Korrespondent des "Daily Herald", der der englischen Delegation nahe steht, macht sich zum Sprachrohr dieser Stimmung, wenn er schreibt: "Tardieu's Benehmen ist ein wenig ungehörig. Der französische Ministerpräsident täte gut daran, die Konferenz etwas mehr als eine Gelegenheit zur Herabsetzung der Rüstungen, als für persönliche Reklame zu benutzen".

SPD. München, 6.Februar (Eig.Drahtb.)

Auf die Anfrage der sozialdemokratischen Landtagsfraktion über den Ausgang des Schiedsverfahrens, das das ehemalige Königshaus der Wittelsbacher zur Aufwertung ihrer Abfindung angerufen haben, hat der bayerische Finanzminister jetzt eine ausführliche Antwort erteilt. Der bereits am 28.3.1929 gefällte Schiedsspruch hat danach folgenden Wortlaut:

1. der bayerische Staat hat an den Wittelsbacher Ausgleichsfond zur Erfüllung der von ihm übernommenen Verpflichtung 100 000 Mark zu zahlen. Dieser Betrag ist vom 4.1.24 an mit 8 % zu verzinsen. 2. Die Kosten des Schiedsgerichtsverfahrens sind zu zwei Fünfteln von den Beklagten und zu drei Fünfteln von den Klägern zu tragen. 3. Der Streitwert wird auf 1 Million Mark festgesetzt.

In der Begründung des Schiedsspruchs wird ausgeführt, nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme habe zwar von Seiten des Staates der Wille bestanden, sich mit der am 20.1.23 geleisteten grösseren Zahlung aller weiteren Verpflichtung zu entledigen. Es bestehe aber für das Schiedsgericht nicht die Gewissheit, dass der Vertreter des ehemaligen Königshauses sich dieses endgültigen rechtsgeschäftlichen Willens des staatlichen Verhandlungsführers bewusst gewesen sei und sein Einverständnis damit ausdrücklich erteilt habe.

SPD. In den KPD-Betrieben gärt's. Das Personal ist unruhig geworden. Die Meldungen über einen Ausverkauf der KPD, die dieser Tage durch die Presse gingen und auf die bisher die Zentrale der kommunistischen Partei eine ernstzunehmende Antwort zu geben sich nicht getraut hat, haben die Arbeiter und Angestellten in den KPD-Betrieben stutzig gemacht. Die Stockungen bei der Auszahlung der Bezüge, die sich immer mehr häufen, sind Alarmzeichen. Sie geben dem Personal zu denken.

Kein Wunder, wenn bereits im Betrieb der Berliner "Roten Fahne" Streikbewegungen aufflackern. Am letzten Sonnabend kam es zu einem solchen Streikfeuer. Nur mit Mühe und Not konnten die Leute mit einer Teillohnzahlung nach Hause geschickt werden. Am Montag, als der Rest nachgezahlt werden sollte, klappte es wieder nicht. Wiederum hatte die Geschäftsleitung versagt.

Die Geldverlegenheit der KPD-Betriebe ist nichts Neues; neu ist nur, dass diese Geldverlegenheit seit einiger Zeit an verschiedenen Stellen einen für das Personal bedrohlichen Charakter angenommen hat. Das alles bedeutet aber vielleicht nur für die gutgläubigen Mitläufer der KPD eine Überraschung. Kritische Leute sind auf Grund der durch die Presse gegangenen und bisher nicht widerlegten Mitteilungen über eine geradezu unerhörte Misswirtschaft in den Zeitungsbetrieben der KPD hellhörig geworden. Dass diese Meldungen über die erschreckende Luderwirtschaft in den KPD-Betrieben von Leuten ausgehen, die die Dinge genauer kennen, weil sie infolge gewisser Finanzierungsaktionen Einblick gewonnen haben, ist leicht zu erraten.

Wer will es unter diesen Umständen dem Personal der KPD-Betriebe verdenken, wenn es zu rumoren beginnt? Was soll aus ihm werden, wenn eines Tages der ganze Ramsch der verschuldeten KPD-Betriebe verpulvert und zu Geld gemacht wird, das dann in die Taschen einiger weniger Drahtzieher fliesst ?

SPD. Amsterdam, 6.Februar (Eig.Drahtb.)

Mehrere aus dem Internierungslager am Ober-Digul auf Neu-Guinea geflüchtete indonesische Nationalisten, die dort wegen Teilnahme an dem November-Aufstand im Jahre 1926 strafweise interniert worden waren, wurden am Donnerstag nach 14 tägigem Umherirren in den sumpfigen Urwäldern mit Verwundungen durch Pfeilschüsse und anderen Verletzungen von Papuas in das Gefangenenlager zurückgebracht. Ein Flüchtling musste in völlig erschöpftem Zustand im Urwald zurückgelassen werden. Über sein Schicksal ist nichts bekannt. Einige Flüchtlinge halten sich noch am Fliegen-Fluss auf, der die Grenze zwischen dem niederländischen und britischen Teil von Neu-Guinea bildet.

SPD. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschloss am Donnerstag auf Antrag der Deutschen Volkspartei mit 109 gegen 101 Stimmen, die Tiergarten- und Lennéstrasse nach dem verstorbenen Reichsaussenminister Dr. Stresemann zu benennen. Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationale stimmten gegen den Antrag.

SPD. Breslau, 6.Februar (Eig.Drahtb.)

Die Angehörigen der Reichswehrgarnison Görlitz sind angewiesen, auf ihre Kosten eine Zeitschrift "Augustablätter" zu halten, deren Januar-Heft folgende Einleitung enthält :

"In unerschütterlicher Treue zu unserem angestammten Herrscherhause, dem unser Regiment durch die beiden hohen Chefs besonders nahe verbunden sein dürfte, gedenken wir alten Augustaner zum 27.1. unserem einstigen obersten Kriegsherrn, Sr. Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm."

An anderer Stelle des Augustablattes ist zu lesen: "Möge der gnädige Gott ihm, der an diesem Tage fern der Heimat das 71.Lebensjahr vollendet, auch im neuen Lebensjahr Gesundheit und Segen schenken." Aus einem langen "Gedicht" entnehmen wir schliesslich noch folgende 4 Zeilen: "Die Flagge, die diesevoran uns geweht, von den Hunden der Gosse im Kote gedreht. Das Volk, dieses herrliche Volk geknechtet, das Freiheit geborene schamlos entrechtet."

\+ + +

Der Reichswehrminister ist hoffentlich mit uns der Auffassung, dass Organe wie die "Augustablätter" von den Offizieren und Mannschaften der Reichswehr weder abonniert noch gelesen werden dürfen.

SPD. Weimar, 6.Februar (Eig.Drahtb.)

Der rechtsstehende Ministerialdirektor im Thüringischen Finanzministerium Kromayer ist von dem neuen ebenfalls rechtsstehenden Finanzminister Baum wegen Meinungsverschiedenheiten in Urlaub geschickt worden. Kromayer soll sich entschieden gegen die Finanzpolitik des neuen Finanzministers ausgesprochen haben.

SPD. Leipzig, 6.Februar (Eig.Drahtb.)

Der Vorsitzende der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Recklinghausen ein armseliger Büroangestellter namens Fritz Florian, wurde von dem Schöffengericht Bochum und in zweiter Instanz auch vom Landgericht Bochum von der Anklage der Beschimpfung der Republik und der Beleidigung des Reichsfinanzministers a.D. Dr. Hilferding freigesprochen. Der 3.Strafsenat des Reichsgerichts hob dieses Urteil am Donnerstag auf Antrag des Reichsanwalts auf, da es Widersprüche enthalte.

Der kleine Büroangestellte hatte Deutschland als Judenrepublik bezeichnet und von dem Reichsfinanzminister a.D. Dr. Hilferding gesagt, dass er als Saujude nicht gegen seine Stammesgenossen vorgehen werde. Ausserdem sässen im Reichstag Verbrecher, Juden und Spitzbuben.

SPD. Der Vernehmungsrichter im Berliner Polizeipräsidium hat gegen den Arbeiter Albrecht Höhler alias Ali wegen des Verdachts des versuchten Totschlags Haftbefehl erlassen.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt ferner mit, dass die Vernehmungen der in der Affäre Höhler-Ali verhafteten Kommunisten die bisherigen Feststellungen der Politischen Polizei vollauf bestätigt haben. Der kommunistische Inseraten-Aquisiteur Sander hat z.B. gestanden, dass Höhler seit dem Tage nach dem Attentat auf den Studenten Wessel in seiner Wohnung verborgen gehalten wurde und anlässlich der 8 Tage nach der Bluttat stattgefundenen Abschiedsfeier für Höhler sogar eine Photographie gemacht worden sei.

Ein gefährlicher Exportartikel.

SPD. Shanghai, Ende Januar (Eig.Bericht.

Die Positionsliste der deutschen Exportstatistik nach China, die sich nach Beendigung des Weltkrieges wieder erfreulich gesteigert hat, ist seit dem Besuch der chinesischen Militärmission in Deutschland im Jahre 1928 um einen neuen Artikel bereichert worden. China entwickelt sich zum Abnehmer von ehemaligen deutschen Offizieren, denen die politischen Verhältnisse zu eng geworden sind. Materielle Not treibt die Träger der Namen, die in die Geschichte aller offenen und geheimen Angriffe gegen die Republik verwickelt gewesen sind, gewiss nicht aus dem Vaterlande, denn die vielgeschmähte Demokratie ist ihnen gegenüber nicht kleinlich gewesen und sie können sicher in der Heimat ein ruhigeres und bequemeres Leben führen wie arbeitslose Proletarier.

Ein so erfreuliches Zeichen der Exodus dieser unruhigen Elemente für die innere Konsolidierung Deutschlands auch sein mag, denn ihr Zug nach China ist eigentlich das Zeichen, dass sie vor der neuen Ordnung, die sie ständig mit dem zweifelhaften Mittel des Putsches zu bekämpfen suchten, zurückschrecken, für den ohnehin politisch stark bewegten Osten ist ihr Auftauchen ein bedenkliches Symptom. Die chinesische Demokratie soweit sie sich um den ehrlichen Kuon Min Tang gruppiert hat deshalb gegen das Engagement von Hauptmann Kriebel - der übrigens inzwischen verstorben ist - und seiner Gesinnungsfreunde nachdrücklichen Widerspruch erhoben. Auch gegen das Engagement von Bauer, der von dem Präsidenten der chinesischen Republik, Dschian Kai Schek derart geschätzt wird, dass er ihm stets persönlich in den Mantel hilft, ist von massgebender chinesischer Seite bei dem Präsidenten der chinesischen Republik nachdrücklich protestiert worden. Der Warnruf gegen das System und seine Helfer ist von einem Mann ausgestossen worden, der wegen seiner radikalen Haltung von den Machthabern aus der Partei ausgeschlossen und des Landes verwiesen worden ist. Wang-Ching wei ist jedoch in Wirklichkeit mehr als ein Politiker, der böse ist, weil er nicht mit dabei sein darf. Er ist der Hüter des Sun Yat Sensschen Erbes, dessen Sekretär er lange Jahre gewesen ist. In ihm leben die grossen Traditionen des Vaters der chinesischen Revolution weiter fort und er hat die Verabnnung einem faulen Kompromiss mit den Profiteuren der Ideen seines Lehrers vorgezogen. Hinter ihm und dem radikalen Flügel der chinesischen Freiheits bewegung stehen die Massen, die einmal die Geschichte eines erneuerten China bestimmen werden.

Seinen Triumph hat Dschiang Kai Schek nämlich nicht gegen die Volksbewegung sondern gegen einige revoltierende Generale seines Schlages errungen, die geglaubt haben, dass die Verbrämung ihrer persönlichen Rivalitäten mit der Idee der wahren Demokratie ihnen neue Verbündete zuführen wird. Die jüngsten Auseinandersetzungen in China sind in Wirklichkeit nur eine Fortsetzung des ewigen Streits der Duodezmachthaber um den Besitz Nankings und der Küste gewesen, da sich hier die zur Behauptung der Militärdiktatur notwendigen erheblichen Mittel durch die Eintreibung der Seezölle und durch Finanzgeschäfte mit chinesischen und europäischen Kapitalisten am leichtesten und bequemsten machen lassen.

Der Erfolg Dschiang Kai Scheks darf nicht über die Schwäche seiner Position hinwegtäuschen. Er verdankt den, übrigens nur mit Mühe errungenen Sieg, einzig und allein seinen besseren militärischen Machtmitteln, an deren Aufbau und Ausbau die deutschen Instruktoren seiner Truppen wirklich den entscheidenden Anteil hatten. Die Heranziehung neuer deutscher Experten dient logischerweise einzig und allein dazu, dem schwankenden Gebäude der Herrschaft Dschiang Kai Scheks und seiner Klique einige neue Stützen zu geben. Die deutschen Offiziere, die nach China berufen wurden, sind nicht als die Reorganisatoren der Wehrmacht eines grossen Reichs bestimmt, sondern der Stamm für die Prätorianergarde eines um seine Existenz besorgten Duodeztyrannen, dessen Thrönchen, wie

der Verlauf der jüngsten Phase des chinesischen Bürgerkriegs gezeigt hat, auf sehr wackligen Füssen steht.

Auf keinen Fall darf man sich in Deutschland dem Glauben hingeben, dass das Erscheinen der deutschen Militärmission einen moralischen Erfolg der deutschen Sache in China bedeutet. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall; obwohl sich die deutsche Regierung in der Angelegenheit durchaus korrekt verhalten hat. Man schätzt dies hier um so mehr, weil man genau weiss, dass sie sich in einer Zwangslage befindet. Man berücksichtigt sehr wohl, dass Deutschland durch seine wirtschaftlichen Verhältnisse zum Menschenexport genötigt ist und dass es in diesem Sonderfalle deutsche Exoffiziere als Privatpersonen nicht daran hindern kann zu tun, was sie wollen, obwohl die Sympathien des freiheitlichen China durch die deutsche Leibgarde Dschiang Kai Scheks kaum eine Förderung erfahren werden.

Noch bedenklicher werden die Folgen des von Dschiang Kai Schek unternommenen Schritts auf die geistige Einstellung der Freiheitsbewegung in den übrigen asiatischen Ländern sein, die allmählich im Militarismus das wichtigste Hilfsmittel im Kampf für ihre Selbständigkeit zu erblicken beginnen. Das zweifelhafte Verdienst für die Erhebung der Gewalt zum Dogma des asiatischen Freiheitskampfes gebührt allerdings weniger den deutschen Militaristen als den Russen, doch steht zu befürchten, dass die Deutschen in dieser vergifteten Atmosphäre mit deutscher Methodik und Gründlichkeit die nötigen organisatorischen Voraussetzungen schaffen und in dem drohenden Chaos eine ähnliche Rolle wie die griechischen Söldner des Altertums und die Landsknechte des Mittelalters spielen werden.

Bei den indischen Nationalisten hat das Auftauchen der deutschen Offiziere in China jedenfalls schon einen grossen Eindruck hervorgerufen. Sie glauben, dass ihr Sieg über England nur mit Hilfe eines starken Heeres möglich sein wird, und sie sehen in dem Schritt Dschiang Kai Scheks einen nachahmenswerten Versuch, da ihnen England die Schaffung eines indischen National Heeres mit modernen Kriegsmitteln verweigert.

Für die Beziehungen Europas zu Asien und für die friedliche Entwicklung des asiatischen Kontinents eröffnen sich durch das drohende Umsichgreifen dieser Praxis wenig glückverheissende Perspektiven. Wirtschaftliche Not und kriegerische Abenteuerlust treffen sich mit den Bedürfnissen unklarer Schwärmer und ehrgeiziger Glücksritter. Ihre Koalition wird das nötige tun, um Asien mit dem Geist des Militarismus zu infizieren, wozu eigentlich nichts weiter nötig ist, als eine einseitig gerichtete Willensanstrengung und Geld zum Aufbau eines kriegerischen Apparates, denn die physischen und intellektuellen Voraussetzungen zur Bedienung von kriegerischen Mordinstrumenten sind in Asien nicht weniger vorhanden als in Europa. Während die westliche Welt ernsthaft den Gedanken der Abrüstung zu Wasser und zu Lande diskutiert und nach der praktischen Formel zur Verhütung neuer Kriege sucht, ist Asien tatsächlich im Begriff, sich mit diesem gefährlichen Bazillus zu infizieren.

Das Erscheinen deutscher Berufssoldaten im Fernen Osten erhält dadurch seine besondere Bedeutung, weil es nicht nur ein Einzelfall sein wird, sondern als ein Symptom für eine neue Epoche im Denken und Handeln des Ostens gewertet werden muss. Europa sollte daher diesem Intermezzo eine grössere Aufmerksamkeit schenken, als das bis jetzt der Fall ist, denn die Befürchtung liegt nahe, dass über diesen Umweg das in Genf begonnene und augenblicklich in London so hoffnungsvoll fortgesetzte Werk zur Befriedigung der Menschheit zum Teil illusorisch gemacht wird.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Die Maske moralischer Entrüstung.

SPD. In Serajewo ist an der Stelle, an der im Jahre 1914 der österreichische Thronfolger ermordet wurde, eine Gedenktafel angebracht und feierlich enthüllt worden. Es hat sich ein Sturm der Entrüstung über die Verherrlichung jenes Meuchelmörders erhoben, von dem der Weltkrieg seinen Ausgang genommen hat Nach dem Verbrechen und seinen grauenhaften Folgen wenden sich alle von dieser düsteren Erinnerung ab. Die Entrüstung ist moralisch, sie trägt die Züge des Abscheus vor der Verherrlichung des Meuchelmordes.

Wir gestehen offen, dass diese nur zu berechtigte moralische Entrüstung bei einem Teil der öffentlichen Meinung, der sie zur Schau trägt, als widerliche Heuchelei wirkt! Man ist doch in der Presse der Rechten eben sonst nicht so zimperlich, wenn es gilt, Meuchelmörder zu verherrlichen! Muss man daran erinnern? Eine gewisse "nationale" Jugend lässt es sich nicht nehmen, die Gräber der Rathenaumörder Kern und Fischer als eine Art von Heiligtümern zu verehren und zu schmücken und also den Meuchelmord schwarzweissrot zu dekorieren! Stahlhelm und Nationalsozialisten sind parademässig aufmarschiert, um den Rathenau-Mörder Techow bei der Entlassung aus dem Gefängnis feierlich zu empfangen. Die Mörder Erzbergers gelten in diesen Kreisen ebenfalls als nationale Helden und nun gar erst die Fememörder! Ihre abscheulich hinterlistigen Verbrechen werden gerade von der Presse in Deutschland verherrlicht, die mit am lautesten geschrieen hat über die Verherrlichung des Meuchelmordes in Serajewo!

Der Minister eines deutschen Landes, Herr Frick, hat die Mörder Erzbergers von der Tribüne des Reichstags herab in Schutz genommen und als nationale Männer bezeichnet. Die Verherrlichung des Meuchelmordes ist geradezu ein Wesenszug des deutschen Rechtsradikalismus! Auf der Seite der Linksputschisten ist es nicht anders. Auf der Stelle, auf der in Glauchau ein Rotfrontverbrecher den Sozialdemokraten Paris meuchlerisch niederstach hielt eine Rotfrontabteilung mit klingendem Spiel einen Appell zu Ehren des Mörders ab!

Die Mörderparteien und die Mörderfreunde mögen schweigen. Ihre moralische Entrüstung über das Tun der Mörderfreunde in Serajewo ist Lüge. Sie sind Geist von ihrem Geist und ihr Tun ist nichts anderes als ideelle Vorbereitung von neuem Meuchelmord und neuem gewaltigem Verbrechen.

Deutschnationale Aufforderung zum Mord.

Das "Nachrichtenblatt der Ortsgruppe Berlin-Schöneberg der Deutschnationalen Volkspartei" wurde im Januar, zusammen mit einem Zettel verschickt, der in Maschinenschrift die folgenden Zeilen enthielt :

"Der liebe Gott ist bis jetzt immer noch mit den guten aufrichtigen Deutschen gewesen. Er hat den Landesverrätern und Volksverschacherern ein frühes Ende bereitet. Ebert, Erzberger, Rathenau, Stresemann, Liebknecht im Gegensatz zu Bismarck und Hindenburg."

Diese Sendung geriet auch an ein Mitglied der Reichstagsfraktion der Bayrischen Volkspartei. Der Reichstagsabgeordnete stellte den Redakteur des deutschnationalen Nachrichtenblattes wegen des hetzerischen Zettels zur Rede, der drückte sich um eine Erklärung herum und redete sich darauf heraus, dass sich vielleicht ein deutschnationales Parteimitglied "einen Spass erlaubt habe".

Es scheint, dass man bei den Deutschnationalen die Taten der Erzberger- und Rathenaumörder ebenfalls nur als Spass betrachtet, wenn man zur Rede gestellt wird! Diese Art parteipolitischer Propaganda ist nichts anderes als

Mordpropaganda. Die Verherrlichung des Meuchelmordes durch die Deutschnationalen ist nichts anderes als Vorbereitung und Aufforderung zum politischen Meuchelmord! Im Zeichen der Hitlerherrschaft über die Hugenbergpartei nimmt solche Mordpropaganda nicht mehr wunder.

Die frisierte Not.

Die Klagen über die Not des landwirtschaftlichen Grossgrundbesitzes im Osten werden immer beweglicher. Es wird Zahlenmaterial über die Not des Grossbesitzes veröffentlicht, das diese Klage rechtfertigen muss. Dies Zahlenmaterial geht zum guten Teil zurück auf die Angaben der landwirtschaftlichen Buchführungsstellen. Sind diese Angaben aber durchweg objektiv und vertrauenswürdig?

Aus dem Kreise Senzburg in Ostpreussen wird folgendes bekannt: Der Rittergutsbesitzer Paleske aus Sorgwitten bewirtschaftet einen Betrieb von 26 000 Morgen, wovon 11 000 Morgen Wald sind. Er hat nach den Feststellungen der Buchführung in den letzten beiden Steuerjahren einen Verlust von 240 000 RM erlitten. Das Finanzamt liess eine Nachprüfung der Bücher vornehmen; es stellte sich dabei heraus, dass nicht nur kein Verlust, sondern ein Gewinn von rund 60 000 RM erzielt worden war. Derartige Schiebungen zwingen dazu, den Angaben der landwirtschaftlichen Buchführungsstellen skeptisch gegenüberzustehen und damit auch dem übermässig lauten Geschrei des östlichen Grossgrundbesitzes.

Die Blechschmiede.

Wir lesen im "Völkischen Beobachter" des Herrn Hitler das folgende Inserat
"Suche Verbindung mit nationalsozialistischem Blechfabrikanten zwecks meiner Artikel."

Warum noch inserieren? Mit dem Schreiben an den "Völkischen Beobachter" ist der brave Verbindung suchende Mann doch ohnehin an die richtige Blechschmiede geraten!

Die Justiz als Magd gemeiner Privatrache.

Eine Frau in Hamburg hatte am 5.Dezember 1920 einen Ehebruch begangen. Im Jahre 1928 wurde deswegen die Ehe rechtskräftig geschieden. Nach der Scheidung stellte der Ehemann Strafantrag und die verklagte Frau wurde wegen eines vor neun Jahren begangenen Ehebruches zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Nach der neuen Strafrechtstheorie soll die Strafe bessernd und erziehend wirken. Ob die unglückliche Frau durch die Erkenntnis, dass die Justiz sich zum Werkzeug einer niedrigen Privatrache hergegeben hat, nun gerade gebessert und in sozialem Sinne erzogen wird? Ob die Richter, die diese Verurteilung vorgenommen haben, sich bei ihrem Urteil überhaupt etwas gedacht haben ?

Die Bundesgenossen.

Hier sind einige Pressestimmen aus den Tagen vor und nach dem 1.Februar, die sich auf den kommunistischen Putschversuch in Hamburg beziehen. Vor dem 1.Februar: "Dies Hamburger Verbot der Kundgebungen unter freiem Himmel ist ein nationaler Skandal, der zum Himmel stinkt." Nach dem 1.Februar: "Die rote Severing-Polizei schiesst Hungerproletariat zusammen. Zusammenstösse im ganzen Reich Barrikaden in Berlin. Im ganzen Reich fliesst Arbeiterblut. Arbeiterführer lassen ihre Genossen niederknüppeln." So zu lesen nicht in der "Roten Fahne", auch nicht in der russisch-bolschewistischen Presse, sondern im "Völkischen Beobachter" des Herrn Hitler.

Aus aller Welt

Kameraden.

SPD. Vom Amtsrichter in Berlin-Moabit wurde der Angeklagte M. von der Anklage der Urkundenfälschung freigesprochen, weil ein gewöhnlicher Warenbezugsausweis der DEWAG noch nicht als Urkunde gelten könne.

Sie trafen sich und tauschten gemeinsame Kriegserinnerungen aus. Das Erlebnis der schrecklichen Jahre schien sie zu Freunden gemacht zu haben. Sie trafen sich später noch öfters.

Der Eine war Kamerad M. Ein einfacher, etwas kindlicher, unbeholfener und schwächlicher Typ, aber sicher ganz gutmütig und nicht unsympathisch. Im Krieg trug er ein Nervenleiden davon.

Der Andere war Kamerad G. Zweifellos ein härterer, resoluterer und temperamentvollerer Mann. Einmal hatte ihn sein Temperament zur Teilnahme an einem Autodiebstahl verführt, er bekam dafür vier Monate Gefängnis, wenn auch Bewährungsfrist.

Nun sitzt Kamerad G. mit schlotternden Knien auf der – nein, bloss auf der Zeugenbank. Aber er scheint zu ahnen, dass man ihn wohl auch woanders im Saal placieren könnte...und er lügt deshalb ebenso offenbar wie auf Deibel komm raus. Das Gericht ist so vorsichtig, ihn unvereidigt zu lassen.

Nachdem also seinerzeit Kamerad G. und Kamerad M. sich nur von der Notzeit der Jahre 1914 bis 1918 unterhalten hatten, sprachen sie von der Not dieser Zeit. Besonders Kamerad M., der nicht so im Leben und deshalb auch nicht so im Licht der materiellen Erfolge steht wie Kamerad G., klagte jenem sein Leid, dem G. abzuhelfen sich entschloss, indem er den Freund zur Benutzung seines Namens auf dem Ausweis einer Filiale der Warenbeschaffungsgesellschaft (DEWAG) verführte.

Der Vorschlag entsprang nicht der reinen Menschenliebe. Die Hand, mit der Kamerad M. auf dem Ausweis delicti den Namen von Kamerad G. wegradierte, um den eigenen hineinzuschreiben, hatte schon die andere gewaschen; wenn man's nun nicht nur sprichwörtlich, sondern auch im wahren Sinne nimmt, heisst das, dass Kamerad M. für Kamerad G. bei anderer Gelegenheit einen viel zu hohen Kredit gutgesagt hatte. Nun wollte sich M. als Entschädigung für diese kleine Liebenswürdigkeit wenigstens billige Oberhemden kaufen. Beinahe wären sie ihm aber teuer zu stehen gekommen.

Bei Tageslicht besehen kam auch die Fälschung ans Licht. Kamerad M., der ein Opfer seiner wirtschaftlichen Not, bestimmt ebenso wie eins seiner Dummheit geworden ist, hätte vom Gericht seinen Leichtsinn als sträflich und die Not höchstens als mildernd dekretiert erhalten, wenn der zur billigen Warenbeschaffung benutzte Ausweis der beinahe getäuschten Genossenschaft von den Richtern als Urkunde behandelt worden wäre. Das Gericht hatte hierzu ebenso wenig Neigung wie zu einer restlosen Klärung des Tatbestandes, die an sich die einander widersprechenden Aussagen von Angeklagtem und Zeugen notwendig gemacht hätten. In diesem Falle wäre wahrscheinlich auch noch Kamerad G., der mutmassliche Verführer, der sich heute Hase nennt und von nichts mehr weiss, auf die Angeklagebank gekommen und sicher auch wegen der noch schwebenden Bewährungsfrist ins

Gefängnis. Die Freiheit ist ihm aber noch einmal geschenkt, weil auch Kamerad M. freigesprochen wird. Vielleicht kein Paragraphenurteil aber ein salomonisch-sympathisches.

Ego.

+ + +

8000 Malaria-Kranke auf Madoera. Die Malariaepidemie auf der Insel Madoer hat innerhalb drei Wochen 8000 Krankheitsfälle hervorgerufen;in der gleichen Zeit erlagen etwa 75 Personen der Seuche. Die Sterblichkeitsziffer ist demnach verhältnismässig niedrig.

+ + +

Zigeunerschlacht in Berlin. Am Donnerstag morgen kam es in einem Zigeunerlager Berlin-Weissensee zu einer regelrechten Zigeunerschlacht. Der vor wenigen Tagen zugezogene 22 Jahre alte Musiker Franz Laubinger wurde von einem Stammesgenossen überfallen und durch einen Rasiermesserschnitt lebensgefährlich verletzt. Andere Zigeuner ergriffen für und gegen ihn Partei, es wurde auch geschossen. Laubinger wurde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht.Der Angreifer wurde mit drei Kollegen festgenommen.

+ + +

Postraub oder Betrug? Ein von einem aus dem Elsass ausgewiesenen Ingenieur Ehrhardt im vorigen Sommer beim Frankfurter Postamt aufgegebenes Paket, das mit 30 000 Mark Wert deklariert war, kam in Berlin beraubt an. Das Paket enthielt u.a. eine wertvolle Perlenkette und ein Paar Ohrringe, die der Empfänger,ein Berliner Rechtsanwalt,veräussern sollte. Aeusserlich war das Paket bei seinem Eintreffen in Berlin in Ordnung, auch die Siegel wiesen keine Spuren von Verletzungen auf. Nach Ablösung des Papiers zeigte sich jedoch im Karton ein viereckiges Loch. Anstelle der Perlenkette und der Ohrringe lag in dem Karton ein mit einer leicht verdunstenden Flüssigkeit getränktes Papierknäuel, von dem der Frankfurter Gerichtschemiker und die Kriminalpolizei jetzt annehmen,dass es diejenige Gewichtsabnahme herbeiführen sollte, die eine Beraubung wahrscheinlich machen könnte. Besonders verdächtig wurde der Absender des Paketes dadurch,dass er plötzlich auf jeden Schadenersatzanspruch Verzicht leistete. Nunmehr hat die Post Anklage erhoben.

+ + +

Freitod im Bergwerk. Offenbar in selbstmörderischer Absicht brachte auf der Zeche Diergardt in Neuenkamp bei Duisburg ein Bergmann eine Sprengladung von 13 Patronen zur Entzündung. Der Bergmann wurde vollkommen zerrissen.

+ + +

Amerika gegen Zeppelin? In Amerika werden in offizielle Nachrichten aus Washington verbreitet, denen zufolge die amerikanische Marine den deutschen Zeppelin-Ozeanüberquerungen keine Hilfe mehr angedeihen lassen will. Praktisch würde das in erster Linie bedeuten,dass die Marineflugstation Lakehurst, der einige Luftschiffhafen Amerikas überhaupt dem Zeppelin nicht mehr zur Verfügung stünde. Zurückgeführt wird diese etwas merkwürdige Haltung auf die Zeppelin-Gegnerschaft des Admiral Hughes, hinter dem möglicherweise aber auch der Präsident Hoover steht. Da "Graf Zepplin" im Mai nach Rio de Janeiro und von da nach New York fahren soll, dürften für den Fall einer Bestätigung der vorliegenden Meldungen die künftigen transatlantischen Pläne Eckeners bis auf weiteres hinfällig werden.

+ + +

Pfändung bei Pola Negri. Die vor einigen Tagen in Berlin eingetroffene und inzwischen nach Nizza weitergereiste Filmschauspielerin Pola Negri erhielt kurz vor ihrer Abreise im "Hotel Adlon" den Besuch eines Gerichtsvollziehers vom Landgericht II, der ihr eine Perlenkette abnahm,die sie sich gerade umlegen wollte. Die Perlenkette wurde dann nach vermittelndem Eingreifen der Hotel-Direktion der Leitung des "Adlon" zu treuen Händen übergeben. Die plötzliche Pfändung durch den Gerichtsbeamten,der Frau Negri einen Arrest in Höhe von 20 000 Mark präsentierte, erfolgte auf Veranlassung des Film - und Theater-

agenten S. Rachmann in Berlin,der vor fünf Jahren ein Engagement der Frau Negri an die Ufa vermittelt hatte. Pola Negri trat dieses Engegement jedoch nicht an, sondern ging nach Hollywood. Rachmann machte trotzdem Ansprüche geltend und bezifferte seinen Anteil auf die Kontraktvermittlung auf 50 ooo Mark. Pola Negri weigerte sich jedoch zu zahlen und da während ihres Hollywooder Aufenthaltes eine gerichtliche Eintreibung nicht möglich war, verschob Rachmann seine Rache bis zu ihrem Berliner Aufenthalt. Allerdings konnte der Arrest aus Gründen der vom Gericht verlangten Sicherheit nur in Höhe von 20 ooo Mark ausgestellt werden. Frau Negri will Rachmann jetzt auf Schadenersatz verklagen,weil durch die Pfändung im Hotel ihr Ansehen gelitten habe. Ausserdem plant sie gegen den Agenten wegen unrechtmässiger Bereicherung Strafanzeige zu erstatten.

\+ + +

Frauenmord in Berlin. Am Donnerstag nachmittag wurde die 60 Jahre alte Witwe Minna Martens in ihrer Wohnung in der Waldstrasse ermordet aufgefunden. Die Täterin, ihre 29jährige Schwiegertochter, konnte bereits verhaftet werden; sie legte ein Geständnis ab. Auch die Schwiegertochter hatte aus dem Leben scheiden wollen. Ursache des Dramas sind Streitigkeiten um Geld. Es liegt eine Affekthandlung vor.

\+ + +

Opfer der Leichtgläubigkeit. Die Händlerin Alma Steinbach, eine "geborene Schmidt",aber eine waschechte Zigeunerin,wurde vom Berliner Gericht wegen Rückfallsdiebstahls in Zubilligung mildernder Umstände zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Ihren Geburtstag weiss Alma nicht, wie sich bei der Vernehmung herausstellt, desgleichen kann sie nicht lesen und schreiben. Sie versteht aber ihr Handwerk. Alma sieht wahr und wahrhaftig wie eine Hexe aus und ihre Opfer scheint sie auch oft genug behext zu haben, Einer fühlte sich im Banne ihres Hokus=Pokus wie "angetäubt", welche Zeugenfeststellung vom Vorsitzenden mit der Bemerkung repleziert wird,dass der "angetäubte" Zustand des Zeugen offenbar schon vor dem Besuch der Zigeunerin vorhanden gewesen ist. Die meisten der Betrogenen stammen aus der Provinz, und nur einer beantwortet die Frage nach seiner Herkunft mit der wunderbaren Bemerkung: "In Berlin; - man sollte es eigentlich kaum glauben." Alma handelte mit Hemdenknöpfen,Schnürsenkeln und dem frommen Spruch "Wenn Du kaufst,kommt Dir dafür der Liebe Gott entgegen." Sie freilich kam auch ihren Kunden in der liebenswürdigsten Weise entgegen,indem sie deren Geld bekreuzte, das sie dann mit Pfeffer und Salz bestreute,in ein Taschentuch wickelte und in einen Schrank legte. Den Schrankschlüssel zog Alma ab und schickte dann ihre geduldigen Lämmer auf die Strasse,wo sie Salz streuen mussten. Wenn die Leute zurückkamen,hatte sich das Geld aber nicht etwa,wie besprochen, durch die Bekreuzigung vermehrt, sondern es war zusammen mit der flinkfüssigen Alma, verschwunden. Einer verlor auf diese Weise 800 Mark ein anderer 40 Dollar, ein dritter 150 Mark. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis.

\+ + +

Alkoholverbot für Indianer. Auf Veranlassung des augenblicklich in Berlin gastierenden Zirkus Sarrasani hat Polizeipräsident Zörgiebel an die Berliner Gastwirte die empfehlende Bitte weitergegeben,an die Indianer in Berlin keinen Alkohol zu verabreichen. Nach Sarrasanis Behauptungen würden die an und für sich gesitteten Menschen ausser Rand und Band geraten,wenn sie das kleinste Quantum Alkohol, zu sichen genommen hätten.

Gewerkschaftliche Rundschau

Sonderunterstützung für Tabakarbeiter.

SPD. Zur Unterstützung von Arbeitern und Angestellten des Tabakgewerbes ist auf Grund des Art. VIII Abs. 3 des Tabaksteuergesetzes vom 22.Dezember 1929 der für die durch das genannte Gesetz arbeitslos oder zur Kurzarbeitern werdenden Arbeitnehmer eine Sonderhilfe vorsieht, vom Reichsfinanz= und vom Reichsarbeitsminister eine Verordnung erlassen worden, in der die näheren Bestimmungen über Umfang und Bedingungen der Unterstützung festgelegt sind.

Der Personenkreis der Sonderunterstützung umfasst Angestellte und Arbeiter, die bis Ende Dezember des vergangenen Jahres in Zigaretten, Zigarettenhüllen feingeschnittenen Rauchtabak oder Pfeifentabak herstellenden Betrieben mit kaufmännischen Arbeiten oder mit der Herstellung der Erzeugnisse beschäftigt gewesen sind oder Hilfsarbeitern verrichtet haben,die mit der Tabakverarbeitung oder der versandmässigen Herrichtung der Erzeugnisse unmittelbar in Zusammenhang stehen. Der Verdienstausfall muss nachgewiesenermassen alsunmittelbare Folge des Gesetzes vom 22.Dezember 1929 eingetreten sein. Ob Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit vorliegt, ergibt sich aus den einschlägigen Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.

Die Unterstützung wird, wenn die notwendigen Voraussetzungen gegeben sind, nur gewährt, wenn 1.) der Verdienstausfall innerhalb der Zeit vom 1.Januar 1930 bis zum 31.März 1931 eintritt, 2.) wenn der Verdienstgeschädigte in den letzten 12 Monaten vor Eintritt der ersten Verdienstschädigung mindestens drei Monate im Zigaretten= oder Rauchtabakgewerbe in einer zur Unterstützung berechtigenden Beschäftigung gestanden hat und 3.) wenn es dem Verdienstgeschädigten nicht möglich ist,anderweit angemessene Arbeit zu erhalten. In die genannte Frist von 12 Monaten wird die Zeit nicht eingerechnet,während der der Verdienstgeschädigte durch Krankheit, Schwangerschaft oder Wochenbett zeitweise arbeitsunfähig war. Ob eine Arbeit angemessen ist,ergibt sich aus den Bestimmungen (§ 90) des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.

Die Unterstützung wird von dem Tage des Eintritts des Verdienstausfalles an gewährt. Die Gesamtunterstützung,d.h. Leistung aus der Arbeitslosenversicherung und Sonderunterstützung,beträgt für jeden ausgefallenen Arbeitstag 75 % des entgagenen durchschnittlichen Arbeitsverdienstes aus den letzten 6 Monaten der Arbeitnehmertätigkeit. Während der Wartezeit, in der keine Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird, muss die Sonderunterstützung in voller Höhe bezahlt werden. Erreichen jedoch die Leistungen aus der Versicherung für sich allein 75 % des entgangenen Arbeitsverdienstes,dann kommt keine Sonderunterstützung mehr in Betracht. Hat der Unterstützungsberechtigte in den letzten 6 Monaten seiner Tätigkeit infolge Arbeitsmangel nicht die üble Zahl von Arbeitsstunden erreicht, dann wird das Arbeitsentgelt zugrunde gelegt,das er ohne Kürzung der Arbeitszeit bezogen hätte, Bei nichtversicherungspflichtigen Angestellten wird für die Berechnung des entgangenen durchschnittlichen Arbeitsverdienstes das Gehalt nur bis zu der für die Versicherungspflicht gesetzten Höchstgrenze berücksichtigt.

Die Unterstützung wird für 156 Arbeitstage, in keinem Fall jedoch über der 30.September 1931 hinaus gewährt. Wer die Unterstützung in Anspruch nehmen will, hat sich durch einen bei der zuständigen Zollstelle zu beantragenden,vom Hauptzollamt zu erteilenden,Vorbescheid darüber ausweisen,dass und seit wann er infolge des Gesetzes vom 22. Dezember arbeitslos oder durch Kurzarbeit ge=

schädigt wurde. Der Vorbescheid ist mit einem Antrag auf Gewährung der Sonderunterstützung und der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung dem zuständigen Arbeitsamt zu übermitteln, das dann auch die Auszahlung der Gesamtunterstützung vornimmt.

Der Initiative des Deutschen Tabakarbeiterverbandes sind verschiedene beachtenswerte Verbesserungen zu verdanken, die gegenüber dem Entwurf für die Verordnung durchgesetzt wurden. Nach dem Entwurf wären z.B. alle noch im alten Jahr zur Entlassung gekommenen Angestellten und Arbeiter von der Sonderunterstützung ausgeschlossen gewesen. Bei den Voraussetzungen zum Unterstützungsbezug wurde erreicht, dass der Verdienstgeschädigte in den letzten 12 Monaten vor Antritt der ersten Verdienstentschädigung nur mindestens 3 Monate in einer zur Unterstützung berechtigenden Beschäftigung gestanden haben muss, während der Entwurf 6 Monate vorsah. Neu ist ferner die auf Anregung des Verbandes geschaffene Bestimmung, wonach der Unterstützungsberechtigte seinen Unterstützungsanspruch behält, wenn er erneut arbeitslos oder durch Kurzarbeit geschädigt wird. Ein weiterer Erfolg besteht in der Streichung der Wartezeitbestimmung, die vorgesehen war; jetzt beginnt die Unterstützung mit dem Tage des Eintritts des Verdienstausfalles.

Man sieht, die Anstrengungen der freigewerkschaftlichen Organisationen der Tabakarbeiter bei der Besprechung des Verordnungsentwurfs waren nicht umsonst.

SPD. "Hände weg von der kärglichen Mitteln der Invalidenversicherung!" - unter dieser Ueberschrift wendet sich der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Landesversicherungsanstalten Dr. Schroeder - Kassel in der neuen Nummer des Verbandsorgans "Deutsche Invalidenversicherung" sehr energisch gegen die Pläne des Reichsfinanzministers, der die Reserven der Landversicherungsanstalten zur Deckung des Defizits der Arbeitslosenversicherung heranziehen will. Schroeder betont, es sei gänzlich unrichtig, von grossen Reserven der Landesversicherungsanstalten zu sprechen. Die Anlagen der Landesversicherungsanstalten seien entweder überhaupt nicht flüssig zu machen oder dazu bestimmt, in der allernächsten Zeit das Defizit in den Einnahmen gegenüber den Ausgaben zu decken. Sie könnten deshalb unmöglich als Darlehen an die Arbeitslosenversicherung hingegeben werden. Es nütze auch nichts, wenn etwa für diesen Fall eine Garantie des Reiches hinzutreten würde; dann sei es schon richtiger, wenn das Reich die Darlehen unmittelbar an die Arbeitslosenversicherung gebe. Dr. Schroeder schildert ausführlich und eindringlich die Opfer und Bedrängnisse der Invalidenversicherung, die aus der Finanznot des Reichs im Laufe des letzten Jahres entstanden sind. Dabei macht er mit besonderem Nachdruck auch auf die sehr beachtenswerte Tatsache aufmerksam, dass in der Invalidenversicherung die hochgelernten Arbeiter nicht auch genügende Versicherung entsprechend ihrem Lohn haben, während dies bei der Angestelltenversicherung der Fall ist. Hier liege schon lange ein systematischer Fehler vor, der auch von allen Seiten anerkannt werde. Wenn das Gesetz bisher noch nicht die notwendigen höheren Lohnklassen eingeführt habe, dann nur, weil die Wirtschaft neue Lasten ablehne. Zu alledem komme noch die notwendige geldliche Auseinandersetzung mit der Angestelltenversicherung, die von der Invalidenversicherung schon lange gefordert werde. Die Reichsregierung sei aber noch immer die Antwort auf diese Forderung schuldig geblieben.

Das ganze Bild der finanziellen Verhältnisse der Invalidenversicherung - so fasst Schroeder seine Betrachtungen zusammen - sei ein übermässig trübes, und es bestünden die grössten Sorgen, wie man aus den grossen Schwierigkeiten demnächst herauskommen solle. Nach Lage der Dinge könne gar keine Rede davon sein, dass irgendwelche Mittel der Invalidenversicherung für die Arbeitslosenversicherung nutzbar zu machen seien. Geschehe das dennoch, dann sei das eine Kur nach der

Art des Dr. Eisenbart, die die Invalidenversicherung ruiniere, ohne der Arbeitslosenversicherung zu helfen.

SPD. Zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich soll ein Sozialversicherungsvertrag abgeschlossen werden. Die zu diesem Zweck geführten Verhandlungen sind soeben zu Ende gegangen. Der Vertrag regelt das Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiet der Kranken=, Unfall=, Angestellten= und Knappschaftsversicherung. Auch für die Invalidenversicherung bringt der Vertrag bereits entsprechende Bestimmungen; diese werden jedoch erst wirksam, wenn in Oesterreich die Invalidenversicherung in Kraft gesetzt wird. Der Vertrag soll an die Stelle des bisherigen deutsch=österreichischen Uebereinkommens über die Durchführung der Sozialversicherung in zwischenstaatlichen Verkehr vom 8. Januar 1926 treten. Die Bestimmungen dieses Uebereinkommens sind zum Teil überholt. So setzt z.B. in der Angestelltenversicherung das bisherige Uebereinkommen eine Wartezeit von 10 Jahren voraus, während seit dem 1.März 1929 die Wartezeit für Leistungen der deutschen Angestelltenversicherung ebenso wie in der österreichischen Pensionsversicherung der Angestellten nur noch 60 Beitragswochen, also 5 Jahre, beträgt. In der Knappschaftsversicherung behalten die Arbeitnehmer des Bergbaus nach dem neuen Vertrag die in beiden Staaten erworbenen Versicherungsanwartschaften auch dann, wenn sie in die Versicherung des anderen Staates übertreten. Eine ähnliche Regelung, die für die Angestelltenversicherung bereits in dem bisherigen Uebereinkommen enthalten war, sieht der Vertrag auch für die Invalidenversicherung nach ihrer Einführung in Oesterreich vor. In der Angestellten=, Invaliden= und Knappschaftsversicherung werden die zurückgelegten Beitragszeiten in den beiden Staaten nach bestimmten Grundsätzen berücksichtigt. Auf dem Gebiet der Unfallversicherung wurde vollkommene Gegenseitigkeit vereinbart.

SPD. Die Gutehoffnungshütte Oberhausen entlässt 150 Arbeiter der Eisenhütte. Ebenso hat sie in ihren Grubenbetrieben 270 Bergarbeitern gekündigt.

Die Gewerkschaft "Friedrich der Grosse" in Herne beabsichtigt, zum 31.März 500 Arbeiter und 10 Beamte zu entlassen. Sie will mehrere veraltete Schächte und 70 alte Koksöfen stillegen.

SPD. Die Verbände der technischen Beamten im Ruhrbergbau haben das Mehrarbeitsabkommen vom 1. Juni 1928 zum 31.März 1930 gekündigt.

SPD. Der Generalrat der britischen Gewerkschaften hat Sir Thomas Legge, einen bekannten Arzt und ehemaligen ärztlichen Fabrikinspektor, als hauptamtlichen Ratgeber für die Sozialversicherungsabteilung der Gewerkschaften genommen. Er soll vor allem bei der Verhütung von Berufserkrankungen und -vergiftungen mit Rat und Tat den Gewerkschaften zur Seite stehen und das gesamte Gebiet der Arbeitshygiene kontrollieren. Legge hat sein Amt im Hauptquartier der britischen Gewerkschaften am 3.Februar angetreten.

Ruf nach Preisverbilligung.

Schlechte Aussichten für das Frühjahrsgeschäft.

SPD. Das Konjunkturforschungsinstitut beschäftigt sich in seinem letzten Wochenbericht mit den Aussichten für das Frühjahrsgeschäft, die es pessimistis beurteilt. Das Institut bezieht sich darauf,dass es sich bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit um eine konjunkturelle Erscheinung handelt und dass die saisonmässige Erleichterung im Frühling sich nicht so stark durchsetzen wird wie sonst.

Am besten werden die Aussichten in der Textilindustrie beurteilt. Da im Vorjahr wegen der Kälte des Frühjahrsgeschäft fast vollständig ausgefallen sei müssten vielfach Käufe, die im Vorjahr nicht vorgenommen worden sind, in diese Jahr nachgeholt werden. Dadurch könne der"konjunkturelle Umsatzrückgang vielleicht etwas gemildert werden."

Stärker als bei den Textilien wird sich konjunkturelle Einkommensschrumpfung vor allem bei Kultur= und Luxusartikeln auswirken. Bei Hausrat einschliesslich Möbeln kommt noch hinzu,dass die Zahl der fertiggestellten Wohnungen im Frühjahr 1930 wahrscheinlich gering sein wird.

Die Prognose des Konjunkturforschungsinstitutes beweist wieder mal die Notwendigkeit einer positiven Konjunkturpolitik. An der fehlt es aber. Selbst wo man Konjunkturpolitik im besten Sinne des Wortes hätte treiben können,mit der Geldverbilligung durch Heruntersetzung des Reichsbankdiskonts, hat die Reichsbank zu lange gewartet und damit wertvolle Zeit verloren. Andererseits wird die an sich durch Arbeitslosigkeit beengte Kaufkraft durch den Unfug der deutschen Preisbildung vollends erschlagen. Das Konjunkturforschungsinstitut stellt allerdings fest, "dass die Preise im Einzelhandel zur Zeit nicht unbeträchtlich nachgeben." Das müsse dazu führen,dass in den kommenden Monaten die Bewegung der Umsatzmenge etwas günstiger erscheinen werde als die der Umsatzwerte, doch werde sich der Betriebserfolg vorerst noch nicht zum Bessern wenden, weil, nach den Erfahrungen der Ausverkaufszeit, "bei der derzeitigen geschwächten Kaufkraft ein regerer Absatz nur bei scharf kalkulierten Preisen erzielt werden könne."

Wir können den Ruf des Konjunkturforschungsinstitutes nach einer schärferen Preiskalkulation und nach einer radikalen Preisherabsetzung nur unterstreichen. Sie ist im Interesse unserer Wirtschaftsbelebung unbedingt notwendig. Sie ist auch durchzuführen,wenn Unternehmertum und Handel endlich auf die übersetzten Profitquoten verzichten wollten.

SPD. Der Deutsche Sparkassen= und Giroverband schreibt uns: Seit mehrere Jahren hält der frühere Reichstagsabgeordnete und jetzige Abgeordnete des preussischen Landtags Richard Kunze in den verschiedenen deutschen Landesteilen Vorträge über das Thema "Kommt eine neue Inflation?" Die Auswirkungen dieser Vorträge zeigen sich in plötzlichen,ruckweisen Steigerungen der Abhebungen bezw. Kündigungen von Sparbeträgen bei den Geldinstituten und in einer allge=

meinen Beunruhigung der Bevölkerung über die Weiterentwicklung der Währung, vor= allem nach 1932. Die durch die unverantwortlichen Ausführungen des "Volksred= ners" wachgerufene Beunruhigung wird noch dadurch verstärkt, dass durch Unter= bindung jeder Diskussion die Möglichkeit einer sachkundigen Aufklärung an Ort und Stelle genommen wird und in leider nicht seltenen Fällen die Ortspresse aus führlichere Berichte über die Vorträge von Kunze bringt. Aus welchem Interesse Kunze immer wieder die gleichen Vorträge hält, wird klar, wenn man weiss, dass jeder Zuhörer ein Eintrittsgeld von 50 Pfg. zu zahlen hat. Nach Angaben von Kunze hat er den Vortrag schon über 600 mal vor mehreren hunderttausend Zuhö= rern gehalten; er hat also aus den Eintrittsgeldern und dem Verkauf seiner Bro= schüren während der Vorträge ein ansehnliches Vermögen verdient. Kunze, der be= reits den Offenbarungseid leisten musste, wirbt dabei auch für eine unbedeuten= de von ihm gegründete "Deutsche Sparvereinigung auf wertbeständiger Grundlage e.G.m.b.H.", Berlin-Friedenau. Diese finanziellen Hintergründe blieben eine Pri vatangelegenheit, wenn nicht die Vorträge in Süd=, Ost= und Mitteldeutschland die äusserordentlich ungünstigen Wirkungen auf weite Bevölkerungskreise ausge= übt hätten. Die Möglichkeit eines behördlichen Eingreifens besteht leider nicht weder Reichsregierung noch Reichsbank haben eine gesetzliche Handhabe zur Unter bindung der verantwortungslosen Demagogie."

SPD. Der Bund Deutscher Mietervereine (Sitz Dresden) weist in einer Dar= legung darauf hin, dass am 31. März 1930 das Mieterschutzgesetz und das Reichs= mietengesetz ausser Kraft treten. Reichsregierung und Reichsrat hätten die Ver= längerung dieser Gesetze bis 1932 mit der richtigen Begründung beantragt, dass sich seit der letzten Verlängerung (1928) die Verhältnisse nicht geändert hät= ten. Dem Reichstag lägen jedoch Anträge der Parteien auf völlige Aufhebung bei= der Gesetze vor. Von der Mieterschaft und der Gesamtwirtschaft werde die Ver= längerung und zwar ohne neuerliche Lockerungen erwartet. Die Zeit bis 1932 müs= se dann genutzt werden, um das soziale Miet= und Wohnungsgesetz der Zukunft zu verabschieden. Schon wegen der inzwischen eingetretenen Lockerungen (für Gewer= beräume) müsse dieses Dauerrecht bald kommen, damit diese Mieter inzwischen nicht durch das unsoziale Recht des BGB (Bürgerlichen Gesetzbuches) und die Konjunkturausnnützung durch Vermieter gestraft werden. Grundzug des neuen Recht müsse bei aller sonstigen Freiheit der Parteien die Möglichkeit der Kontrolle über die Mietzinsbildung und über das Kündigungsrecht sein, das als völlig un= begründet und willkürlich nicht wieder zurückkehren dürfe.

Weiter wird darauf hingewiesen, dass die Neubaumieten jetzt fast durchweg eine Höhe erreicht hätten, die für die breite Masse der Bevölkerung nicht mehr erschwinglich sei. Die Neubauwohnungen könnten infolgedessen nur von Besserge= stellten, bezw. von Familien bezogen werden, bei denen mehrere Verdiener vorhan= den sind. Das durchschnittliche Familieneinkommen in den breiten Schichten der Lohn= und Gehaltsempfänger sei, nach den Ergebnissen der Statistik, auf etwa 200 Mark monatlich zu bemessen. Eine Familie mit 2 schulpflichtigen Kindern (4 Köpfe) brauche bei bescheidensten Ansprüchen für Ernährung, Kleidung, Wäsche, Rei= nigung, Heizung, Beleuchtung und dergleichen, also zur Befriedigung der allerdrin= gendsten Bedürfnisse, im Monat etwa 165 bis 170 Mark. Die vielverbreitete Auf= fassung, dass 1/5 des Einkommens als Wohnungsmiete wirtschaftlich noch tragbar sei, treffe nur für die höheren Einkommen zu, keinesfalls jedoch für die Ein= kommen der breiten Volksschichten. Für Familieneinkommen bis 2400 Mark jährlich könne nicht mehr als 1/7 bis höchstens 1/6 des Einkommens für Wohnungsmiete auf= gewendet werden.

SPD. Nach dem Ausweis des Reichsfinanzministeriums für die ersten 9 Monate des Steuerjahrs 1929/30 (von April 1929 bis einschliesslich Dezember 1929) macht das gesamte Defizit 1 250,7 Millionen Mark aus.

Für den Monat Dezember 1929 ergibt sich im ordentlichen Etat ein Defizit von fast 268 Millionen Mark. Das bedeutet für die ersten 9 Monate des Steuerjahrs ein Defizit von 195,1 Millionen Mark. Dieser Defizit erhöht sich durch den Fehlbetrag aus dem Vorjahr (154,4 Millionen) auf 349,5 Millionen Mark.

Im ausserordentlichen Etat ergibt sich für den Monat Dezember 1929 ein Fehlbetrag von rund 83 Millionen Mark und für die ersten 9 Monate des Steuerjahrs ein Ueberschuss von 3,3 Millionen Mark. Aus dem Vorjahr liegt jedoch ein Defizit von 904,5 Millionen Mark vor. Es verbleibt somit für den ausserordentlichen Etat ein Defizit von 901,2 Millionen Mark.

Für den ordentlichen und ausserordentlichen Etat stellt sich damit der Fehlbetrag auf die oben angegebene Summe von 1250,7 Millionen Mark.

Hinsichtlich der Kassenlage des Reiches wird für den 31.Dezember 1929 ein Bruttobedarf von 1857 Millionen Mark aufgeführt. Das entspricht einem Nettobedarf von rund 1,7 Milliarden Mark. Die Verpflichtungen setzen sich aus dem obenerwähnten Defizit im ausserordentlichen Etat in Höhe von 901 Millionen Mark und aus dem Defizit im ordentlichen Etat für die ersten 9 Monate des laufenden Steuerjahres in Höhe von 195 Millionen Mark zusammen. Dazu treten 50 Millionen Mark Darlehen an die Preussenkasse, ein kurzfristiger Betriebsmittelbedarf (Ultimobedarf) von 520 Millionen Mark und ein Kassenbestand von 34 Millionen Mark. Die Deckung sah am 31.Dezember 1929 wie folgt aus: 375 Millionen Mark wurden aus dem Verkauf von Reichswechseln und 952 Millionen Mark aus dem Verkauf von Schatzanweisungen aufgebracht. Die Aufnahme kurzfristiger Darlehen beläuft sich auf 327 Millionen Mark. Der Rest von 46 Millionen Mark ist Bestand zur Deckung von Ausgabenresten.

Die fundierte Reichsschuld hat sich von 8429,6 Millionen Mark Ende September 1929 auf 8416,8 Millionen Mark verringert. Die Verringerung entfällt in der Hauptsache auf Tilgung der Dawesanleihe.

Die schwebende Schuld erhöhte sich unter Einfluss der Dezemberschwierigkeiten von 1319,2 Millionen Mark Ende November auf 1694,1 Millionen Mark Ende Dezember. Gestiegen sind vor allem die unverzinslichen Schatzanweisungen.

SPD. Wie Berlin fordern jetzt auch die grossen Industriestädte in Westdeutschland, dass sie mehr als bisher an der von ihnen aufgebrachten Hauszinssteuer beteiligt werden. Die Stadt Köln hat z.B. ein Aufkommen an Hauszinssteuern in Höhe von 32,5 Millionen Mark, sie erhält jedoch vom Staat nur 15,2 Millionen Mark. In Düsseldorf beträgt das Aufkommen 22,6 Millionen, der Anteil 10,4 Millionen, in Essen 15,4 bezw. 8,6 Millionen, in Elberfeld-Barmen 15,4 bezw. 6,8, in Dortmund 11,3 bezw. 4,9, in Duisburg-Hamborn 11,6 bezw. 5,8, in Gelsenkirchen-Buer 6,6 bezw. 3,5, in Bochum 5,8 bezw. 2,7, in Mülheim-Ruhr 3,9 bezw. 1,8, in Oberhausen 2,6 bezw. 2,4 und in Recklinghausen 1,9 bezw. 0,96. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen in Kön z.B. 17,09 Mark, in Essen 12,88, in Dortmund 13,70, in Gelsenkirchen 10,70 und in Recklinghausen sogar nur 10,31 Mark. Die entsprechenden Beträge machen in Stuttgart 43,47, in Frankfurt 30,47, in Dresden 27.57 und in Berlin, das selbst stark auf diesem Gebiet benachteiligt ist, 26,11 Mark aus.

SPD. Das Rheinisch-Westfälische Kohlen=Syndikat teilt mit: "Der Ruhrkohlenabsatz ist im abgelaufenen Monat im wesentlichen unter dem Einfluss der Konjunktursenkung und der anormal milden Witterung weiter zurückgegangen und zwar in weit stärkerem Masse, als es von November auf Dezember der Fall war. Der arbeitstägliche Gesamtabsatz des Syndikats (Koks und Briketts auf Kohle umgerechnet) stellte sich im Januar auf 261 ooo t gegenüber 281 ooo t im Vormonat. Davon entfielen 123 ooo t (135 ooo t) auf das unbestrittene, 138 ooo t (146ooo) auf das bestrittene Gebiet. Die grössere Verminderung des Absatzes liegt demnach im unbestrittenen Gebiet."

SPD. In Kanada ist eine neue Elektrofinanzierungsgesellschaft gegründet worden, die den Namen European Electric Corporation, Ltd. führt. Das Unternehmen will die Chancen der Elektrifizierungsperiode in Europa ausnutzen und beabsichtigt, sich an dem sehr rentablen Geschäft der Errrichtung von Kraftwerken in Deutschland, Frankreich, Italien, Oesterreich usw. zu beteiligen.

SPD. Das deutsch=polnische Roggenprovisorium läuft am 10. Februar ab. Am Donnerstag abend begab sich eine deutsche Delegation unter Führung Dr. Baades nach Warschau, wo am Freitag die Verhandlungen aufgenommen werden, von denen man ein endgültiges Abkommen erhofft.

SPD. Das Direktorium der Bank von England hat den Diskont von 5 auf 4½ % heruntergesetzt.

Amtliche Eiernotierung.

(6. Februar).

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte), Sonderklasse über 65 Gramm 15½, Klasse A 60 Gr. 14, Kl.B. 53 Gr. 12½, Kl.C. 48 Gr. 10, frische Eier, Klasse B. 11, Kl.C. 8½.- Auslandseier: Dänen 18er 15½, 15½-16er 12½, Holländer (Durchschnittsgewicht) 68 Gr. 15½, 60-62 Gr. 13-15¼, 57-58 Gr. 12-12½, leichtere 10-10½, Ungarn 9-10, Polen grössere -, normale 8-8½, kleine, Mittel=, Schmutzeier 6-7.- In= und ausländische Kühlhauseier: Extra grosse 9, grosse 8, normale 6½-7, Chinesen und ähnliche 6-9. Kalkeier: normale 6½. Witterung: trübe. Tendenz: still.-

---

SPD. Die Hochseefischerei Nordsee zahlt für das verflossene Geschäftsjahr eine Dividende von 10 %. Der Betriebsgewinn hat sich von etwa 150 ooo Mark auf 235 ooo Mark erhöht. Der Ueberschuss steigerte sich von 9 ooo auf rund 152 ooo Mark.

Prompter Roggen gestützt.

(Berliner Getreidebörse vom 6. Februar).

SPD. Die Grundstimmung an der Berliner Produktenbörse war am Donnerstag erheblich schwächer. Es gelang zwar, den Kurs für prompten Roggen durch grössere Käufe der Stützungsstellen zu halten. Die Stützung erstreckte sich jedoch nicht auf den Markt der Zeitgeschäfte, so dass hier nicht unbeträchtliche Preisverluste zu verzeichnen waren. Das Weizengeschäft stand unter dem Eindruck der matteren Auslandsmeldungen und des umfangreichen Inlandsangebotes. So gingen die Preise am Loco= und am Lieferungsmarkt um ca. 2 Mark zurück. Der Mehlmarkt blieb leblos. Hafer hatte bei stärkerem Angebot und geringer Kauflust gleichfalls matte Tendenz.

	5.Februar	6. Februar
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	236 - 239	234 - 237
Roggen	157 - 163	157 - 163
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter= und Industriegerste	140 - 150	138 - 147
Hafer	125 - 135	123 - 133
loco Mais Berlin	163 - 165	163 - 164
Weizenmehl	28,25 - 35,00	28,00 - 34,75
Roggenmehl	21,25 - 24,75	21,00 - 24,50
Weizenkleie	8,00 - 8,50	8,00 - 8, 50
Roggenkleie	8,00 - 8,25	8,00 - 8, 25.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 249 und Brief, Mai 260½, Juli 270. Roggen März 170½-171, Mai 179½-179, Juli 182-181. Hafer März 138 und Geld, Mai 145½-145, Juli. -

---

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(6.Februar)

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise,Berlin,je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,70 - 2.-, rote und Odenwälder blaue 1,80 - 2,20, Nierenkartoffeln 3,70 - 4,10, andere gelbfleischige Kartoffeln 2,50 - 2,80 Mark Fabrikkartoffeln 7¾-8¾ Pfennige je Stärkeprozent.

Berliner Milchpreis.

SPD. Milchpreis Berlin: Erzeugerpreis für 1 Liter Vollmilch frei Berlin 15 Pfennige ab 7.Februar (unverändert).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 6.Februar: I. 158 Mark, II. 143 Mark, III. 127 Mark je Zentner. Tendenz stetig.

Die sozialistische Frau

FRAUENBEILAGE DES S.P.D

Nr. 10. Berlin, den 6.Februar 1930.

Verwandtenehen.[x]

SPD. Die Scheu vor der Blutschande, die dem modernen Menschen tief eingewurzelt ist, war in alten Zeiten ein unbekanntes Phänomen; lebten doch selbst Mutter und Sohn, Vater und Tochter in ehelicher Gemeinschaft; ja, die Geschwisterehe war bei den Herrscherfamilien der Inkas und Ptolemäer geradezu geboten. Die heutige Inzestscheu bezieht sich allerdings auch nur auf die allernächste Blutsverwandtschaft, während die Ehe zwischen entfernteren Verwandten bis vor kurzem sogar sehr beliebt war. Erst in letzter Zeit ist die "Vetternehe" etwas in Misskredit geraten. Noch im Jahre 1875 entfielen z.B. in Preussen auf 100 Eheschliessungen 0,71 Vetternehen. Im Jahre 1924 ist ihre Zahl bereits auf 0,22 herabgesunken.

Dieser deutliche Rückgang der Verwandtenehen ist kein Zufall; vielmehr spielen hierbei neben wirtschaftlichen Momenten auch die Ergebnisse der Vererbungswissenschaft eine Rolle, die allmählich in immer breitere Volksschichten eindringen. Mehr und mehr machen uns die Erbforscher auf die Gefahren aufmerksam, die in der Verwandtenehe lauern, und die in der Tat nicht gering zu veranschlagen sind.

Um zu verstehen, worauf diese Gefahren vornehmlich beruhen, empfiehlt es sich, einen Blick auf die Erblichkeitsverhältnisse der schweren Erbleiden zu werfen. Als bedeutsamste Tatsache ergibt sich dabei, dass die schwersten und unheimlichsten der Erbleiden: Blindheit, Taubstummheit, Epilepsie, Schizophrenie (Jugendirresein), Schwachsinn, Muskelschwund, Bluterkrankheit u.a.m. "rezessiv" erblich sind, wie der Erbforscher die ausdrückt. Bei dieser Art der Vererbung liegt das Leiden verborgen in einem Menschen; er vererbt es zwar weiter auf die Nachkommenschaft, bleibt aber selber gesund. Das Leiden tritt nur dann in Erscheinung, wenn der Betreffende zwei kranke Anlagen - eine vom Vater und eine von der Mutter her - geerbt hat. Wenn er dagegen nur eine kranke und eine gesunde Anlage mitbekommen hat, so bleibt er als Individuum gesund. Lediglich das Keimplasma, der Träger der Vererbung, ist verdorben, und so kann sich das Leiden in einer Familie über ungezählte Generationen forterben.

Gewiss kann es der Zufall auch gelegentlich so fügen, dass zwei gleiche Krankheits-Anlagen in einem Individuum zusammentreffen, obwohl beide Eltern ganz verschiedenen Familien entstammen. Aber dazu muss in beiden Familien das gleiche Erbübel heimisch sein, und dieses Zusammentreffen wird relativ selten sein. Bei der Verwandtenehe jedoch erhöht sich die Gefahr, dass zwei kranke Anlagen der gleichen Art zusammenkommen, um ein Vielfaches. Herrscht in der Familie der Ehepartner irgend ein Erbleiden, so können beide die gleiche Krankheitsanlage mitbekommen, und die Gefahr ist nun natürlich ausserordentlich gros dass in den Nachkommen aus solchen Ehen zwei kranke Anlagen zusammentreffen. Die Erfahrung lehrt denn auch, dass stets bei einem Teil der Kinder aus Verwandtenehen das Erbübel der Familie in die Erscheinung tritt.

Hierfür liefert die Familiengeschichte der europäischen Herrscherhäuser vielfältige Bestätigungen. Besonders die Geschichte des Hauses Bourbon ist reich an abschreckenden Beispielen. Der Grand Dauphin Ludwig, Sohn des "Sonnenkönigs" Ludwig XIV., stammte aus einer Verwandtenehe; seine beiden Eltern waren Nachkommen des schizophrenen Philipp II. Der Dauphin selbst war nicht

geisteskrank, wohl aber hatte er einen geisteskranken Sohn, Philipp V. Dieser schloss wiederum eine Verwandtenehe: er heiratete Elisabeth Farnese, die aus ihrer Abstammung ebenfalls eine schizophrene Anlage mitbrachte. Der Sohn aus dieser Ehe, Karl III., war gesund; bei seinen Söhnen trat dagegen schon wieder das Erbübel der Familie zu Tage: einer erkrankte an Jugendirresein, der andere musste wegen Schwachsinns von der Erbfolge ausgeschlossen werden.

Zu den bekanntesten Erbübeln gehört die Bluterkrankheit, bei der jede kleine Verletzung starke und langdauernde Blutungen hervorruft und eine grössere - wozu bei diesen Menschen schon das Ziehen eines Zahnes gehört - Lebengefahren mit sich bringt. Solche Menschen leiden nicht nur körperlich, sondern auch seelisch unter den schweren Einschränkungen, die sie sich zeitlebens auferlegen müssen, um sich vor jeder Verletzung zu bewahren. Diese Krankheit verdüsterte auch dem letzten Zarensohne sein junges Leben. Heiratet ein Bluter eine gesunde Frau, so wird keins von seinen Kindern die Bluterkrankheit erben. Heiratet er dagegen eine Verwadnte, die, ohne Bluterin zu sein, selbst eine kranke Anlage hat, so wird durchschnittlich die Hälfte seiner Kinder mit der Bluterkrankheit behaftet sein.

Welche Konsequenzen ergeben sich nun aus diesen Erkenntnissen für den Eheberater? - Keinesfalls die, dass er von einer Verwandtenehe unter allen Umständen abraten muss. Sind im ganzen erfassbaren Verwandtenkreise keinerlei ernste Erbleiden vorhanden, so lässt sich vom eugenischen Standpunkt aus gegen eine "Vetternehe" nicht das mindeste einwenden. Unbedingt zu widerraten ist die Verwandtenehe nur dann, wenn einer der beiden Gatten oder beide "beschränkt ehefähig", d.h. von einem schweren Erbleiden befallen sind. Ebenso ablehnend wird der um seinen Rat befragte Arzt sich verhalten, wenn Erbleiden sich unter den gemeinsamen Vorfahren des Paares befinden.

Anders liegt der Fall, wenn verwandte, mit einem Erbleiden belastete Ehepartner auf Nachkommenschaft bewusst verzichten wollen. Dann kann, wie Professor Fetscher besonders betont, die Verwandtenehe sogar zu einer eugenisch sinnvollen Tat werden, da gesunde Familien auf diese Weise vor der Einschleppung von Krankheitsanlagen bewahrt und die erbkranken Familienstämme allmählich ausgemerzt werden.

Dr. Lily Herzberg.

Die Fruchtbarkeit in der Ehe.[x]

SPD. Die Trilogie der "Vollkommenen Ehe" von Van de Velde hat durch die Herausgabe des letzten Bandes "Die Fruchtbarkeit in der Ehe" ihren Abschluss gefunden. Oft parodiert, oft angefeindet, ist dieses Werk doch von einschneidender Bedeutung auf dem Gebiete des Ehelebens geworden, weil es eine Erotisierung der Ehe vorzunehmen gewagt hat. Von allen Vorschlägen für eine Ehereform unterscheidet sich Van de Velde durch sein Bemühen, nicht ein Altes durch ein Neues zu ersetzen, weder Form noch Inhalt zu erneuern, sondern die Ehe zu ihrer eigentlichen Bestimmung, zu ihrer erotischen Grundlage, zurückzuführen. In dieser Einstellung seines Buches liegt das grosse Aufsehen, das es hervorgerufen hat, begründet, denn man war schon dazu übergegangen, die Ehe von ganz anderen Gesichtspunkten, von wirtschaftlichen, sozialen, ethischen, aus anzusehen, Auf das Vorhaben dieses mutigen Mannes erscholl ein grosses Gelächter; die Befriedigung der erotischen Bedürfnisse hatte man bereits ausserhalb der Ehe gefunden.

Auch in seinem neuen Buche betont Van de Velde wieder, dass in seiner Darstellung ausschliesslich von den ehelichen Beziehungen die Rede sein kann. Deshalb setzt er sich in einem einleitenden Teil ausführlich mit der religiösen und volkswirtschaftlichen Seite der Ehe auseinander. Er bleibt auch in seiner Ehereform der Bürger, der besonders an religiöse und kirchliche Vorschriften

nur ungern zu rühren wagt, der bekennt: "Was mich am meisten zaudern macht, was mich sogar bedrückt, das ist die Notwendigkeit, meinen Weg von dem der Vertreter der Kirchen zu trennen." Medizinische, psychologische, volkswirtschaftliche Erwägungen stehen hier der orthodox-kirchlichen Stellungnahme gegenüber, die eine einzige Ausweitung nur darin erfährt, dass eine Geburtenregelung allein durch Enthaltsamkeit im ehelichen Verkehr zu erreichen sei. Von dieser Stelle ab muss Van de Velde seinen eigenen Weg gehen. Er kann eine Geburtenregelung nicht auf Kosten des ehelichen Verhältnisses vornehmen lassen. Die Ehe hat ihre Eigengesetzlichkeit. Eine Aufhebung des ehelichen Verkehrs kann nur von mehr oder weniger schweren physiologischen und psychologischen Folgen begleitet sein. Van de Velde muss auch hier der strengen kirchlichen Meinung gegenübertreten, die einen Geschlechtsverkehr nur in Hoffnung auf Empfängnis zulässt. Sein Standpunkt ist hier ganz konsequent, "dass eine Ehe, die ihre Berechtigung nicht in sich selbst sieht, sondern in den Kindern, die ihr entstammen, schon den Keim der Vernichtung in sich trägt." Brennpunkt seiner Betrachtung ist immer die Hochehe, die seelisch-körperliche Gemeinschaft zwischen Mann und Frau, und deshalb muss er in ebenso konsequenter Weise auch nach einer anderenRichtung seine Meinung sagen. Alle Massnahmen zur Empfängnisverhütung - so notwendig sie auch sein mögen - "sind grösstenteils mit den Forderungen der Hochehe unvereinbar, weil sie eine nicht geringe Störung der idealen Vergattung bilden."

Man ist geneigt, hier einen Einwand zu erheben: In seinen Ratschlägen zur idealen Vergattung, die den ersten Band füllen, scheint das gleiche hindernde Moment zu liegen wie in der Anwendung der Verhütungsmittel: das der Bewusstmachung aller dieser Vorgänge. So sehr wir anerkennen, dass diese Bewusstheit störend bei jeder Vereinigung auftritt, so ist damit doch ein anderes verknüpft, das wir als Forderung für jede Ehe aufstellen: die Verantwortlichkeit, die beide Ehepartner zu tragen haben. Diese Erwägung allein ist massgebend bei einer Geburtenregelung. Es ist für die Frau ausserordentlich schädlich, dauernd ohne Ruhepause, zu gebären, wenn auch andererseits gesagt werden muss, dass eine völlige Vernachlässigung ihrer eigentlichen Aufgabe von ebenso schwerwiegenden Folgen begleitet sein kann, "ja, dass der Körper der Frau darunter leidet, dass ihm die volle physiologische Betätigung, die ihn erst zu seiner vollen Reife führt, versagt bleibt." So kommt Van de Velde zu dem Ratschlag, dass eine Zahl von drei bis vier Kindern als das Richtige erscheint, und dass er es wünschen würde, "wenn diese Kinder mit einem Zwischenraum von ungefähr 2½ Jahren vor dem 35.Lebensjahre der Frau zur Welt gebracht werden." In einem längeren grundlegenden Teile versucht er dann noch die bevölkerungspolitische Grundlage für diese These zu geben.

Auch in diesem Buche muss mit grosser Anerkennung auf den praktischen Teil hingewiesen werden. Wir haben im dritten Bande - der in nichts hinter dem ersten zurücksteht - die klassische Behandlung aller der Fragen, die die Massnahmen zur Erzielung grösserer Fruchtbarkeit und die Verhütungsmassnahmen behandeln. Die Darstellung, ebenso klar wie ausführlich, behandelt mit grosser Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit alle diese Fragen. Keins der bisher erschienenen Bücher auf diesem Gebiete weist diese Genauigkeit, Ausführlichkeit und Klarheit in der Darstellung auf, die es ermöglicht, dass sowohl der Arzt wie auch der Laie dieses Buch als Nachschlagewerk über alle Fragen der Ehe benutzen kann. Es erscheint unsrer Zeit schon undenkbar, dass eine Ehe heute geschlossen wird, ohne dass die Ehepartner sich vorher eingehend über diese Fragen orientiert haben. Nie war zu einer Eheschliessung so viel Verantwortungsbewusstsein notwendig wie heute. Das aber erfordert, dass jedem, der eine Ehe eingeht, Dinge wie Physiologie und Technik der Ehe, Fruchtbarkeitserhöhung und Verhütungsmassnahmen geläufig sind.

Arthur Hennig.

Selbstmord einer Schönheitskönigin.[x]

SPD. Die Zeitungen wimmeln von Bildern: Die Schönheitsköniginnen Europas sammeln sich, um zum grossen Endkampf nach Rio de Janeiro zu fahren. Der Rummel der nun schon jahrelang geht, wird von Jahr zu Jahr schlimmer: eine beim Wettbewerb ihres Landes Durchgefallene hat sich eine Kugel in den Kopf gejagt.

Verständlicher - vom Standpunkt einer Bewerberin in dem grossen Rennen nach Geld, Ruhm und Zukunft - wäre es wohl gewesen, den Preisrichtern mit Erschiessen zu drohen. Die Anwärterin wäre dann vielleicht auch nicht gewählt worden, aber sie hätte das gleiche Aufsehen erregt und wäre so zu Ruhm und wahrscheinlich auch zu Geld gekommen. Die Variétés und Skandalblätter aller Länder brauchen Sensationen.

Sie hat sich selbst totgeschossen. Es sass also tiefer; die Verzweiflung war ehrlich. Es schien der armen Durchgefallenen um die Existenz zu gehen. Und das ist begreiflich. Es geht bei vielen Hunderttausenden heute um die nackte Existenz. Tausende bleiben auf der Strecke; täglich werden Selbstmorde gemeldet. Der grosse Teil der Arbeitenden hat eingesehen, dass gegen dieses riesengrosseDilemma nur der organisierte Kampf gegen den Kapitalismus hilft. Aber gerade viele Frauen haben das noch nicht eingesehen. Es fehlt ihnen deshalb am Nötigsten in der Armut ihres Daseins: am Glauben an die Zukunft.

Da kommt dann plötzlich die grosse Möglichkeit: ein Preis von 10 000 Dollar - und der reiche Mann im Hintergrund. Oder die Filmkarriere. Die grosse Schar der Bewerberinnen ist besiegt; wenige Konkurrentinnen sind geblieben. Und dann siegt die andere. Die Spannungen waren zu gross, der Sturz war zu tief

Schuldig sind wieder einmal die Gewissenlosen, die Sensationslüsternen, die Verdienstsüchtigen. Schuld sind Kapital, Sensationspresse und die Übersatten. Die arme Schneiderin, die sich totgeschossen hat, hätte diesen Mächten nicht standgehalten, auch wenn sie gewählt worden wäre. Es gehört mehr als nur Schönheit dazu, hernach auch Königin zu bleiben: entweder grosse Begabungen und Kenntnisse oder eine ganz gehörige Portion Charakter- und Gewissenlosigkeit Das Schicksal zweier Exköniginnen sah folgendermassen aus: Die eine war sehr nett und tüchtig häuslich erzogen. Sie hat ihre Reise nach Hollywood zur Weltkonkurrenz nie angetreten. Sie hat noch einige Modenschauen mitgemacht und wäre vielleicht ein gutverdienender Mannequin geworden, wenn sie mondäner gewesen wäre. Das Publikum hatte an ihr das Bescheidene, die langen blonden Haare geliebt. Die grosse Welt hat keine Verwendung dafür. Die Schönheitskönigin hat es vorgezogen, einen netten jungen Mann zu heiraten, der es sich leisten kann, eine nette junge Frau auch einmal im Auto spazieren zu fahren. Die zweite war noch dabei, mit ihrem Ruhm auf Ausstellungen und Vorführungen ein unsicheres Brot zu verdienen, von ihrem verflossenen Ruhme zehrend. Daneben brauchte sie bereits Freunde. Ein junger Mann, der über ein monatliches Taschengeld von immerhin einigen hundert Mark verfügte, erzählte mir von ihr. Sie wäre über seine Verhältnisse gegangen, meinte er. Immer Auto fahren, immer teuer speisen, immer teuer tanzen, das könne er sich wohl einige Male leisten, aber nicht dauernd. Als er aber einmal zu widersprechen wagte, sagte sie kurz: "Halt' die Fresse!" Da hatte er genug von ihrer Schönheit.

Schönheit ist ein Geschenk, das auch eine arme Schneiderin in die Wiege gelegt bekommen kann. Aber sie birgt auch viel Verdruss und Gefahren in sich. Sie ist nur gefährlich, wenn nicht andere Eigenschaften dazu kommen, Eigenschaften, die heute jedes junge Mädchen haben muss: ein gesundes Wissen vom Leben und seinen Erfordernissen und das Gefühl vom Verbundensein mit seiner Klasse. Es nützt nichts, ausbrechen zu wollen. Der Weg zum "Aufstieg" ist bitter. Er endet nicht immer so schnell mit der Kugel im Kopfe, aber früher oder später in irgendeiner Form mit dem vollkommenen Ruin.

tana.

Der Wolf.[x]

SPD. Wie ist das nun eigentlich: Leben die Gespenster, die Unheimlichen, die Umgehenden, die Werwölfe wirklich so um uns, wie man sich's im Volk erzählt, ... oder, und das glaube ich eher, leben sie in uns, als Erinnerungen des Unterbewusstseins an Zeiten, da der Mensch mit tausenderlei Gefahren zu kämpfen hatte und noch heute die Furcht davor bewahrt hat, wenn auch der Gegenstand der haarsträubendsten Furcht niemals festzustellen ist? - -

Wir waren bis spät in die Nacht hinein in der Skihütte wachgeblieben und hatten uns Gespenstergeschichten erzählt, wie sie in dieser Gegend bei den Leuten noch umgingen. Es war auch von einem Wolf die Rede, der drunten, wo der Fussweg aus dem Wald auf die Landstrasse mündet, dem einsamen Wanderer begegnen soll. Und einer von uns, der stets voller Schalkheiten steckte, hatte auch gleich eine grauslicheGeschichte erzählt, die ihm am Abend vorher dort zugestossen sei. Nun, man war unter Gelächter schlafen gegangen, die Nacht war schnell durchschlafen, und in der Eile des morgendlichen Aufbruchs nach der Bahnstation hatten die Gefährten vergessen, mich zu wecken. Als ich schliesslich vom Lärm doch erwacht war, hatte ich ihnen zugerufen, sie sollten sich selbst beeilen; ich würde, so gut es gehe, nachkommen.

So kam es, dass ich kurz nach fünf Uhr früh durch das dunkle Dorf hinaus auf die mondhelle Landstrasse hinausstiefelte. Ein paar hundert Meter vor mir, schon im Walde, hörte ich die Stimmen der Kameraden. Da ich den Frühzug unbedingt erreichen wollte, dachte ich nur daran, vorwärtszukommen, und hatte die Spukgeschichten vom Abend vorher vergessen.

Ich war schon eine Weile im Wald und spähte nach dem Abkürzungswege. Da hörte ich hinter mir schwere Schritte und den Aufschlag eines eisenbeschlagenen Stockes. Ein grosser, bärtiger Bauer holte mich ein. "Wir können ja miteinander gehen, wenn es Ihnen nichts ausmacht." - "Nein, mir ist's sogar recht. Sie wollen doch auch zum Frühzug?" - "Ja." - Wir gingen nun zu zweit, und er schob gleich meine eine Hand, die vom Tragen der Schneeschuhe ganz erfroren war, in seine mächtige Joppentasche. "Haben Sie eigentlich den Wolf schon einmal gesehen?" fragte ich ihn nach einer Weile. "Bei uns erzählt man nicht gern davon, überhaupt nicht in diesem Walde," sagte er leise, und ich fragte nichts mehr.

Wir gingen durch den Wald, im tiefen Schlagschatten des Mondlichts, abwärts. Auf dem schmalen, bald mit Steinen und Baumwurzeln bedeckten, bald gefrorenen Wege hatten wir genut zu tun, um nicht hinzufallen. Einmal musste ich die Skier auf die andere Schulter nahmen und wollte den freien Arm zum Balancieren benutzen. Aber, als wollte sich der starke Mann an mir festhalten, fing er den Arm ein und steckte ihn, indem er meine Hand fest packte, wieder in seine Tasche. Der Mond schien jetzt auf den Weg, denn auf der einen Seite hörten die Bäume auf. Niederes Buschwerk wuchs hier. Drunten hörte man das Wasser des Baches unterm Eise arbeiten. Da schlug der Mann ein halsbrecherisches Tempo an. "Aber so eilt es doch nicht; wir kommen doch noch zur Station," sagte ich im Laufen. Er antwortete nur: "Passen Sie auf, dass Sie nicht fallen," und weiter ging die Jagd. Um nicht zurückzubleiben, liess ich mich mitziehen.

Endlich sahen wir drunten die Landstrasse hell schimmern, und bald standen wir drunten. Da blieb mein Begleiter stehen und lehnte sich an seinen Stock "So, jetzt kommen wir aber noch gut an den Zug," sagte ich, indem ich auf die Uhr sah. Mein Begleiter blickte ein wenig seitwärts, ein wenig hinter sich; dann antwortete er halblaut: "Wir sind nicht wegen des Zuges so gerannt. Aber es ist da nicht geheuer. Der Wolf geht da über den Weg."

Luise Baumann.

Arbeitsstunde.[x]

Die Fenster sind blind von fallendem Regen,
Der Himmel ist trübe, die Dächer blitzen
In Nässe, - noch Schnee in den Gartenstegen.

Nun kriecht es hervor durch schmale Ritzen
Aus ragender Häuser tiefem Schlunde. -
So Menschen nach Menschen, die drinnen sitzen,

Beruft die hastende Arbeitsstunde.
Der Regen endet, die Wolken zerklaffen,
Der Himmel trägt eine rote Wunde

Der Sonne. Nicht Glanz kann sie schaffen.
Sie ist so schwer von den Dünsten gefangen.
Nur einzelne Strahlen gleich spitzen Waffen

Durchschiessen die Nebel. - Die Nacht ist vergangen.
Allmählich wächst die dämmernde Helle.
In Strassen windet gleich grauen Schlangen
Sich rastlos der Menschen rinnende Welle.

Henni Lehmann.

Der König der Gemüse.[x]

SPD. Babu Radha Nath Maiti ist ein gesegneter und glücklicher Mann. Man will ihm jetzt auf seinen Wunsch auf dem Marktplatz in Kalkutta ein Denkmal errichten. Was aber hat Babu Radha getan, dass man ihm erlaubt, sich von künftigen Generationen bewundern zu lassen ?

Babu Radha ist ganz einfach "der König der Gemüse", - wenigstens nennt man ihn in Kalkutta so. Seit seinem 12. Lebensjahre verkauft Babu Radha, der heute 63 Lenze zählt, täglich auf dem Marktplatz Gemüse, das er in der Umgegend züchtet und mit dem Mist Kalkuttas düngt. Er hat ein beträchtliches Vermögen angesammelt und beschäftigt heute nicht weniger als 2000 Gärtner. Das hindert ihn jedoch nicht, täglich mit gekreuzten Beinen in seinem Verschlage zu sitzen, umgeben von Gemüsepyramiden.

So will er auch in Stein gehauen sein - und das am Denkmal angebrachte Gemüse soll ausserdem grün gestrichen werden. Jedenfalls verspricht das Monument des "Königs der Gemüse" sehr originell zu werden. a.u.

SPD. Internationale Frauenarbeit. Im kommenden August soll in der bulgarischen Hauptstadt Sofia eine Sommerschule der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit veranstaltet werden. Eine Reihe bedeutsamer und tiefschürfender Vorträge über weltanschauliche Fragen ist dafür in Aussicht genommen worden. Themen wie "Die internationale Organisation der Arbeit" und "Genossenschaftswesen" dürften auch in sozialistischen Kreisen besonderes Interesse beanspruchen. Die geplante Veranstaltung wird die erste dieser Art sein, die auf dem Balkan abgehalten wird.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 6. Februar 1930.

Das Kleinod Radium.x

SPD. Die Krebskrankheit hat nach statistischen Erhebungen gerade in jüngster Zeit erhebliche Opfer gefordert. Die medizinischen Wissenschaftler sind ratlos. Von dem Erreger des Krebses hat man trotz ununterbrochener Arbeiten noch immer keine Spur. Millionen Menschen sehen täglich dem sicher schleichenden Krebstod ins Auge. Es gibt keine Rettung! Oder doch! Es gäbe eine, weil es ein einziges Heilmittel gibt – das Radium. Aber für ein Gramm dieser Kostbarkeit ist die gewaltige Summe von einer Viertelmillion Goldmark aufzubringen. Wer sich unter solchen Umständen heilen lassen kann, liegt klar auf der Hand – die Herren der Welt! Und die Proleten müssen zu Grunde gehen!

Einmal – im Jahre 1903 – horchte die leidende Menschheit auf, als der Dral die Nachricht verbreitete, dass in den chemischen Laboratorien der Stadt Paris das Radium entdeckt worden sei. Die Kranken wurden von unerwarteter Hoffnung erfüllt. Bald jedoch stellte sich heraus, dass die Gewinnung des Radiums mit grossen Schwierigkeiten verbunden war. Zehntausend Kilo Pechblende mussten verarbeitet werden, um einige Milligramm des Heilmittels herzustellen. Pechblende fand man zunächst nur in Joachimsthal (Oesterreich). Der Wettlauf nach dem unschätzbaren Mineral begann. Ueberall wurde geschürft. Anfänglich fand man in Spanien, Portugal, Schweden, Colorado und Sibirien geringe Mengen, die den grossz ügigen Ausbau einer Radiumindustrie noch nicht zuliessen.

Da trat mit einem Mal eine Wendung in der Produktion ein. Im äussersten Süden des belgischen Kongo – in Haut Katanga – wurden erstaunliche Mengen Pechblende gefunden. Die Ausbeute des Radiums stieg auf das Zehnfache. Das Lager von Chinkolobwe erschien unerschöpflich. Aus einer Tonne Pechblende konnten nun drei Milligramm des Krebsbekämpfungsmittels gewonnen werden, während bisher die zehnfache Menge des Rohmaterials dazu notwendig gewesen war. Was lag näher, als dass die Preise bei der gewaltigen Produktionssteigerung gesenkt werden mussten? Das hiess aber die Rechnung ohne die ehernen Gesetze der heutigen Wirtschaftsordnung machen. Die eiskalt jede Gewinnchance abwägenden kapitalistischen Wirtschaftsführer sahen ihre Stunde gekommen. Die kleinen Radiumbetriebe konnten die belgische Konkurrenz nicht ertragen und mussten stillgelegt werden. Der Kongo wurde der einzige Hersteller. Die Besitzer der Werke von Oolen monopolisierten die jüngste Industrie der Welt. Die Preise, die sie festsetzten, mussten die internationalen Börsen zahlen. Als die gesteigerte Förderung auf Kurse drückte, schränkte der Generaldirektor mit einem Federstrich die Gesamtproduktion auf ein Mindestmass ein. Die hohen Renten der Trustmagnaten waren gerettet. Und das Gramm Radium kostet noch immer eine Viertelmillion Goldmark.–

Ein unerhörter Zustand! Der Wissenschaft ist es gelungen, ein Heilmittel zu finden und einige selbstherrliche, profitgierige Unternehmer verhindern die Herstellung, um die Preise künstlich in schwindelnder Höhe zu halten. Nichts ist bezeichnender für den Geist der kapitalistischen Wirtschaftsordnung als die Generalversammlung des Radiumstruts, die alljährlich in dem Brüsseler Palast der Société Générale de Belgique stattfindet. Jedesmal – es ist schon Programm geworden – halten einige oppositionelle Aktionäre der "Compagnie du Haut Katanga" Reden, in denen sie die Politik der Leitung angreifen und sie als unmensch-

lich und verbrecherisch kennzeichnen. Die Stimme des Gewissens wird schnell mit kleinen Geschenken von wenigen Milligramm Radium, die in "grosszügiger" Weise irgendeinem Krankenhaus gestiftet werden, zum Schweigen gebracht. Dann ist wieder der Weg frei, aus den übrigen Wohlfahrtsinstituten der Welt - und nur sie haben Radium nötig - die höchsten Profitrenten herauszuquetschen. Die Tageszeitungen aber melden unter grosser Aufmachung von der "grosszügigen" Spende der Radiumherren. Die staunenden Leser sehen einen Tag lang die wohlgepflegten Bäuche und sauber rasierten Glatzköpfe der menschenfreundlichen Aufsichtsratsmitglieder der Compagnie du Haut Katanga illustriert auf den ersten Seiten aller bürgerlichen Gazetten. Fette Schlagzeile: Menschenfreunde!

Vierundzwanzig Stunden später werden die Aktien des Radiumtrusts auf allen Börsen stark gefragt. Die Kurse klettern nach oben, denn es gab nie ein rentableres und risikofreieres Unternehmen als dieses! Im Jahre 1928 entsprach der Börsenwert etwa fünf Milliarden Franken. Der Gewinn war vom einen zum andern Geschäftsjahr von 128 Millionen auf etwa das Doppelte (245 Millionen Franken) gestiegen. Die Abschreibungen beliefen sich auf hundertneunzehn Millionen Franken! Ein ganz nettes, noch nebenbei verschleiertes Profitsümmchen!

Den grössten Schandfleck der privatkapitalistischen Radiumgesellschaft bildet jedoch die Tatsache, dass Madame Curie, die geniale Mitarbeiterin des Radiumentdeckers, bis vor wenigen Wochen nicht einmal im Besitze eines Gramms des von ihr selbst entdeckten Radiums war. Einer Reise nach den Vereinigten Staaten verdankt sie die Erfüllung ihres sehnlichsten Wunsches. Der Präsident der USA. übergab ihr im Namen des amerikanischen Volkes eine Dollarsumme, die zum Ankauf für ein Gramm ausreicht. Erst jetzt ist Madame Curie in die Lage versetzt, ihre wissenschaftlichen Arbeiten für die Wohlfahrt der Menschheit fortzusetzen.

Millionen von Menschen leiden unter der Geissel des die Gewebe zerstörenden Krebses, während die Grubenförderung des Rohstoffes für die Radiumgewinnung von den Trustmagneten scharf heruntergedrückt wird. Jedes Krankenhaus der Welt könnte Radium besitzen, wenn die Produktion entsprechend der Nachfrage gesteigert würde. Rohmaterial ist genügend vorhanden. Der Preis des Radiums müsste dann mit einem Schlage auf den zwanzigsten Teil seines heutigen Wertes sinken. Das aber wissen die Herren von Oolen zu verhindern. Die Rente wächst, und der Krebs fordert weiter seine Opfer.

Eine Aenderung der Radiumpolitik ist vorläufig nicht zu erwarten. In einer Gesellschaftsordnung, in der Profit alles und Menschenleben nichts bedeuten, fallen die Radiumhyänen nicht sonderlich auf. Ihr System ist das Abc des kapitalistischen Alltags, und ihr Schwanengesang lautet: Erst der Profit, dann noch einmal der Profit, und dann die Moral noch lange nicht!

Norbert Bachrach.

Der Dieb.[x]

Von Michail Sostschenko.

SPD. Waska Tiapkin war Taschendieb von Beruf. Seine gewöhnliche Operationsbasis war die Strassenbahn. Eine höchst undankbare Beschäftigung. Heutzutage...Greifst du in eine Tasche, was findest du dort? Ein Päckchen Zündhölzer oder einen Feuerstein oder 10 Zigaretten oder gar eine Rechnung für elektrischen Strom. Wo die Fahrgäste heutzutage wertvolle Dinge aufbewahren, Brieftaschen oder Uhren, ist höchst ungewiss. Vermutlich im Leihhaus. Und wie gemein das Volk heutzutage geworden ist! Dabei musst du zusehen, dass du selbst nicht ausgeräubert wirst. Ganz einfach. Du siehst einen Moment eine hübsche Dame an, schon haben sie dir was geschnappt. Ritsch-ratsch. Ueberhaupt Wertsachen tragen die Fahrgäste wahrscheinlich aus Bosheit in Säckchen auf der Brust oder

auf dem Bauche. An diese Stellen kann man nur schwer gelangen. Versucht man noch so geschickt mit dem Finger hinzutasten, kaum hast du sie mit den Fingerspitzen betupft, so erheben sie schon ein Geschrei: "Diebe, Gauner!" Es ist geradezu scheusslich. Ein ganz minderwertiger Beruf!

Ein ziemlich renommierter Kassenschrankräuber en gros riet dem Waska Tiapkin, den er im Nachtasyl kennen gelernt hatte, aus purem Mitleid, den Beruf zu ändern. "Bisher", sagte er ", hast du trübe Erfahrungen gemacht. Doch jetzt kommt die wärmere Jahreszeit. Fahre, Bruderherz, in eine Villenkolonie in der Umgebung! Wenn dir dort eine Villa besonders gefällt, so kannst du dich später einschleichen. Im übrigen hast du dabei frische Luft. Unsereiner hat wohl oder übel die Schwindsucht. Ganz einfach."

Das ist wahr, dachte Waska. Du plagst dich wie ein Elephant und hast nicht davon. Ich fahre wirklich auf Sommerfrische. Andere Luft, andere Beschäftigung. Das wird mir gut bekommen. Man hat Erholung nötig, Genossen, sonst kriegt man am Ende noch die Tuberkulose.

Gesagt, getan. Waska fuhr nach Pergalowo. Er spazierte durch den ganzen Ort Die Luft war tatsächlich herrlich. Ja, so eine Villenkolonie! Aber kein Geschäft. Und einen Appetit bekommt man in der guten Luft. Doppelt so viel wie sonst könnte man essen, wenn man's hätte. Es wäre wie ein Tropfen auf einen heissen Stein.

Eine Villa gefiel Waska besonders gut. Eine prächtige, luxuriöse Villa. Am Gitter war ein Täfelchen angebracht. Darauf stand zu lesen: Doktor Korjuschkin, Gynäkologe. "Ein Arzt", dachte Waska, "das trifft sich gut. Diese Aerzte haben gewöhnlich Silber in der Kredenz."

Für heute schlich sich Waska in den Garten, legte sich ins Gesträuch und begann aufmerksam zu beobachten, was ringsumher vorging. Auf dem Kieswege ging ein Kindermädchen mit einem kleinen, etwa fünf Jahre alten Bourgeois. Der Junge tollte im Garten herum. Dann wieder spielte er mit seinen Spielsachen. Himmel, was für ein herrliches Spielzeug! Puppen, Teddybären, ein riesiges Schaukelpferd, Zinnsoldaten, eine wunderbare Eisenbahn. Das Schönste aber war ein riesiger mechanischer Kreisel. Man setzt den Antrieb in Bewegung, und er dreht sich wie ein Karussell. Oh, war das schön! So sehr interessierte sich Waska für den Kreisel, dass er beinahe aus dem Gebüsch hervorgekrochen wäre. Doch hielt er sich zurück. "Die Ungeschickten", dachte er, "können den Kreisel nicht in vollen Gang bringen." Das Kindermädchen setzte den Kreisel erneut in Bewegung, doch drehte er sich nur langsam. "Schneller, schneller", flüsterte Waska aufgeregt, "oh, du Dumme, mit vollem Schwung!"

Dann ging das Mädchen mit dem Knaben ins Haus. Waska kam aus dem Gesträuch hervor, und besah sich den Hof. Man muss auf jede Kleinigkeit achten; wo der Rauchfang ist, wo die Küche. Besonders die Küche. In der Küche erschien er übrigens später und bot seine Dienste an. Er erhielt einen abschlägigen Bescheid. Mach', dass du fortkommst, sonst lässt du noch was mitgehen. An deiner Visage kennt man's. Wahrhaftig, sie hatten's erraten: denn beim Weggehen nahm Waska die Hacke mit – was eben gerade zur Hand ist....

Am nächsten Tage kroch Waska wieder ins Gesträuch. Er lag da und überlegte wie vorzugehen wäre. Durch's Fenster muss man einsteigen, nicht anders. Ins Speisezimmer. Ist das Fenster heute zu, macht nichts, ich warte. Morgen vergessen sie es vielleicht zu schliessen. Mir pressiert's nicht. Jede Nacht schlich Waska an's Haus und probierte, ob das Fenster nicht nachgäbe. Nach ungefähr einer Woche gelang es; man hatte es nicht ordentlich geschlossen. Waska zog den Rock aus, um eine grössere Geschicklichkeit entfalten zu können, schnürte den Hosenriemen fester, um ein gewisses Unbehagen im Magen zu bannen, das die Angst verursachte, und kletterte empor. "Links", dachte er, "steht voraussichtlich der Tisch, rechts die Kredenz. Dort ist das Silber." Waska war im Zimmer. Es war finster. Die Nacht war zwar nicht ganz dunkel, aber es ist nicht so leicht, sich in fremden Wohnungen zurechtzufinden. Waska tastete mit den Händen in der Richtung, wo er die Kredenz vermutete. Das war sie wohl. Nein, es war ein Schran

Waska öffnete ihn. Darinnen war lauter Kinderspielzeug. "Ach", sprach Waska zu sich selbst, "fehlgegangen. Bin ins Kinderzimmer geraten. Ritsch-ratsch. Soll ich ins Nebenzimmer? Nein, besser nicht. Ich habe mich nicht richtig orientiert. Am Ende ist auch das nicht das Speisezimmer, und ich komme zum Arzte. Der sticht mich aus Gewohnheit mit der Lanzette.- Ach, ich nehm' einfach das Spielzeug. Schönes Spielzeug kostet übrigens auch Geld."

Waska nahm die Spielsachen aus dem Schranke. Da geriet ihm der Kreisel in die Hände. Waska lächelte. "Das ist er", dachte er, "bei Gott, ich lass' ihn später los. Bestimmt. Und mit vollem Schwunge muss er laufen. Jetzt aber heisst es sich sputen, Genossen". Waska beeilte sich. Dabei fiel irgend etwas zu Boden Waska hielt den Atem an. Da sah er, dass der Knabe erwacht war. Er stand auf und schritt blossfüssig auf Waska zu.

"Geh' schlafen!" rief Waska. "Schlaf, ritsch, ratsch."

"Nichts anrühren", rief der Knabe, "lass meine Spielsachen in Ruh!"

"Ach", dachte Waska, "dass mir das passieren musste!"

Der Knabe begann zu weinen.

"Schlaf!", sagte Waska, "sonst mach' ich dich tot, wie eine Laus!"

"Rühr mein Spielzeug nicht an!"

"Du lügst", sagte Waska, indem er eilends die Spielsachen in einen Sack stopfte. "Es waren einmal deine Spielsachen. Jetzt aber gehören sie mir. Such' sie dir!" Er warf den Sack aus dem Fenster und sprang selbst nach. Er fiel aber nicht glücklich, sondern stiess mit der Brust gegen etwas. "Ritsch=ratsch", dachte er, "dabei kann man auch die Tuberkulose bekommen." Er setzte sich auf den Rand des Springbrunnens. Die Brust tat ihm weh; er rang nach Atem. "Man muss jetzt Beine machen", dachte er. Er wollte fliehen. Da fiel ihm der Kreisel ein. "Hab' ich ihn nicht vergessen? Ritsch=ratsch?" Er sah im Sacke nach. Da war der Kreisel. Waska nahm ihn heraus und betrachtete ihn. "Nun, einmal pro= bier' ich ihn noch schnell. Bei Gott!" Er liess ihn mit vollem Schwunge laufen. Der Kreisel wirbelte nur so herum. Waska musste lachen. Er lachte so sehr, dass er sich vor Vergnügen auf den Bauch legte. "Eine Mechanik, famos! So also Ist's, wenn er mit vollem Antrieb läuft. Ha, ha!"

Der Kreisel stand noch nicht still. Da wurde im Hause Licht gemacht. Rufe ertönten: "Haltet den Dieb!" Waska sprang auf, wollte davonlaufen. Da traf ihn ein Schlag auf den Kopf. Kein ernsthafter Schlag. Ohne Routine. Er warf Waska zwar zu Boden, aber der erhob sich sofort. "Ein Stockschlag", dachte er, "wahr= scheinlich ein Stockschlag, möglicherweise war es auch ein Tau."

Waska lief, was er laufen konnte. Dabei hielt er sich mit beiden Händen den Kopf. Er lief ungefähr ein Werst. Im Laufen fiel ihm ein, dass er den Rock zu= rückgelassen hätte.

In einem Gehölze setzte er sich nieder, schnappte nach Luft und weinte bit= terlich. "Ach", dachte er, "ein schwerer Fall. Muss mir wieder einen neuen Be= ruf suchen. Der jetzige taugt noch weniger als der frühere. Durch den hab' ich gar den Rock eingebüsst. Ich werde Einbrecher. Der Teufel hole die Luft in den Villenvierteln!"

Und Waska ging weiter in der Richtung nach der Stadt.

(Deutsch von S. Borissoff.)

Politische Pfützen.[x]

SPD. Honduras, das von den mittel= und südamerikanischen Republiken die meisten Generale hat, beschäftigt die Vielzuvielen auf eine ausgezeichnete Art und Weise. Man unterstellt ihnen eine Kolonne von Ingenieuren und Arbeitern und beauftragt sie mit der Herstellung neuer Strassen.

Die hohen Herren gehören nun verschiedenen politischen Richtungen an. Die

einen sind national,die andern demokratisch,und die Untergebenen wetteifern in der Gesinnung mit ihren Vorgesetzten. Die politischen Gegensätze erzeugen einen ausserordentlichen Ehrgeiz unter den Beteiligten. Die Demokraten sind bestrebt bessere Strassen zu bauen als die verhassten Nationalen und umgekehrt.Jeder is stolz auf den Strassenschnitt,den er gebaut hat.

Ein Europäer,der bei einem seiner Freunde,einem Pflanzer, zu Gast war,erwähnte während des Essens,dass sein Auto bei der Herfahrt total mit Dreck bespritzt worden sei,weil er durch eine grosse Pfütze hätte fahren müssen.

Zufällig befand sich der General,der den Wegebau dieses Distrikts unter sich hatte,unter den Gästen. Er erbleichte und griff nach seinem Degen.Dann fasste er sich und sagte mit bebender Stimme: "Mein Herr,das ist unmöglich. Unsere Strassen sind national, und nationale Strassen haben keine Dreckpfützen Ich behaupte,dass Sie kurz vor dem Uebertritt in unsern Abschnitt von einer demokratischen Pfütze bespritzt worden sind!"

Astrologie.[x]

SPD. Mein Freund Ewald ist ein ganz moderner Mensch,aber er macht mir Vorwürfe und sagt: "Wenn man was erreichen will, muss man heute gerade mit den uralten Dingen rechnen."

Er interessiert sich brennend für Astrologie, liess sich sein Horoskop senden und erhielt von zwei Seiten verschiedene Orakel. Das eine besagte:"Sie werden in diesem Jahre einen schmerzlichen Verlust erleben." Das andere sagte: "Sie werden ein grosses Glück erleben. Weitere Auskunft gegen Einsendung von 10 Mark für genauere Deutung."

Als ich ihn am Ende des Jahres fragte,sagte er: "Beide Orakel haben Recht gehabt,denn ich haben einen schmerzlichen Verlust gehabt, weil ich das grosse Los nicht gewonnen habe, und ich habe es nicht bekommen,weil ich die 10 Mark nicht eingesandt habe."

Er liess sich wieder ein Horoskop stellen, und diesmal sagte es: "In den Sternen steht dein Glück geschrieben."

Als ich ihn am Ende des letzten Jahres befragte,sagte er: "Die Astrologie hat wieder Recht gehabt. Ich habe lange über das Orakel nachgedacht,und eines Tages fiel mir seine Auslegung ein. Ich machte ein Büro für Astrologie auf und habe grosses Glück damit. Es geht glänzend; also stimmt es doch: In den Sternen steht dein Glück geschrieben."

Alfred Auerbach.

Essbares Holz.[x]

SPD. Der Gedanke, aus Holz Mehl zu machen,ist nicht ganz neu; vor allem im Kriege ist er erwogen worden. Dieser Versuch ist nicht so verwunderlich,wie es auf den ersten Blick erscheint: Holz und Stärke sind nämlich sehr nah verwandte chemische Verbindungen. Sie gehören zu den sogenannten Kohlehydraten, die die wichtigsten und verbreitesten Stoffe der Pflanzen ausmachen.Neben Stärke und Holz sind Zucker und Dextrin die bekanntesten dieser organischen Verbindungen. Die Pflanze baut mit Hilfe des Blattgrüns - des Chlorophylls - bei Sonnenlicht aus Wasser und Kohlendioxyd - einer Verbindung aus einem Teil Kohlenstoff und zwei Teilen Sauerstoff - Zucker auf. Der Zucker wird dann in der Pflanzenzelle in Stärkemehl und Cellulose verwandelt. Cellulose ist der Baustoff der Zellwände und damit also ein Hauptbestandteil des trockenen Pflan-

zenkörpers; Holz enthält etwa 60 bis 70 % dieser Cellulose.

Trotz ihrer nahen Verwandtschaft mit dem Stärkemehl ist diese Cellulose für den Menschen so gut wie unverdaulich; dagegen spielt sie für Pflanzenfresser eine gewisse Rolle. Die Aufgabe lag also, wollte man das Holz als Nahrungs- oder Futtermittel verwertbar machen, darin, die Cellulose in leichter verdauerliche Substanzen überzuführen. Schon lange wusste man, dass bei anhaltendem Kochen mit verdünnter Schwefelsäure aus Cellulose Traubenzucker gewonnen werden kann. Das neue Verfahren ist von Dr. Bergius ausgearbeitet, dem es auch gelungen ist, Kohle zu verflüssigen und so künstliches Benzin herzustellen. Das Verfahren besteht darin, dass das Holz zerkleinert und getrocknet und dann mit konzentrierte Salzsäure gekocht wird. Aus der unverdaulichen Cellulose gehen dabei verdauliche, zuckerähnliche Substanzen hervor; etwa 30 % des Holzes bleiben als unaufgeschlossene Cellulose übrig und können als Brennmaterial verwandt werden. Die gewonnenen verdaulichen Substanzen werden vor allem wohl eine Rolle als Futtermittel spielen. An diesen werden bei uns für etwa 700 Millionen Mark allein Mais und Gerste jährlich eingeführt, sodass ein wenigstens teilweiser Ersatz aus der reichen Holzbeständen Deutschlands für die deutsche Volkswirtschaft sehr wichtig werden könnte.

Bleibt ein Meter immer ein Meter?[x]

SPD. Diese Frage scheint im ersten Augenblick etwas Selbstverständliches in Zweifel zu ziehen. Sie muss jedoch vom Standpunkte der exakten Naturwissenschaft aus verneint werden. Unsere Längeneinheit, das Meter, ist der vierzigmillionste Teil des Erdumfanges. Das Innere unserer Erde gilt, nach Ansicht der meisten Gelehrten, als glühendes Magma. Diese glühende Masse wird sich im Laufe der Zeit – wenn auch sehr, sehr langsam – abkühlen. Da sich nun alle Körper beim Abkühlen zusammenziehen, so muss das auch mit der Erde geschehen, wodurch sich ihr Umfang und damit auch die Länge des Metermasses ändert.

Das Gleiche gilt dann auch von der Einheit des Gewichtes, dem Kilogramm, das ja nichts anderes ist als das Gewicht eines Kubikdezimeters destillierten Wassers bei +4 Grad Celsius. Aber auch die dritte unserer Einheiten, nämlich die Einheit der Zeit, ist einer Veränderung unterworfen. Da sich der Erde sowohl bei ihrer Drehung um ihre Achse wie bei ihrem Umlauf um die Sonne Widerstände entgegenstellen, z.B. durch magnetische Beeinflussungen von Sonne, Mond und Planeten, so muss ihre Rotation und ihre Umlaufszeit um die Sonne und damit auch die Dauer eines Tages sich vergrössern. Aus astronomischen Beobachtungen will man tatsächlich festgestellt haben, dass vor etwa zweitausend Jahren der Tag gegen 1780 Sekunden, also um rund eine halbe Stunde kürzer war als heute. Auch hier also die Bestätigung: Alles in der Welt ist relativ.

Ein Tässchen Kaffee.[x] Anton Mergel betritt ein Leipziger Kaffeehaus: "Herr Ober, ä Dässjn Caffe, hädd'ch gerne." Der Ober bringt eine kleine Tasse Kaffee. Mergel betrachtet sie von allen Seiten. Dann hebt er den Zeigefinger so, als ob er der Tasse drohen wollte, und sagt: "Wemmer so kleen is wie du, hat mr eijentlich noch karnischd im Gaffeehaus verlor'n....."

Der Tod in der Wüste.

Von Ph. Macdonald.
Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachfg.

26)

SPD. "Dann sind wir ungefähr gleich." Der Sergeant legte sich zurück und faltete die Hände im Nacken. "Rationieren hat keinen Zweck...Ich will noch etwas schlafen...."

Nach einer guten halben Stunde wachte er auf und löste Abelson ab. Nichts war geschehen, nichts hatte sich gerührt....nur Sand...Sand.

Der Jude kam in die Hütte, schmiss seinen Tropenhelm mit einem Krach auf die Erde, riss sich das Hemd vom Leibe und brach auf seinen Decken zusammen, wo er zehn Minuten still liegen blieb, während Morelli zum Dach hinaufstarrte und Sanders die Bibel las.

Plötzlich richtete er sich auf; sein dunkles Gesicht glänzte vom Schweiss, sein voller roter Mund war in sein übliches Grinsen verzogen. Ab und zu massierte er sich sacht den Hals.

"Nette, vergnügte Gesellschaft seid ihr!" sagte er.

Morelli blieb ruhig liegen und starrte nach oben, und Sanders las mit unaufhörlich sich lautlos bewegenden Lippen weiter. Abelson betrachtete sie. "Nicht zu glauben", fuhr er fort, "wacht doch auf! Wacht auf! Ihr stumpfsinnigen Hunde! Ihr könnt einen reineweg zur Verzweiflung bringen, wie ihr da so 'rumliegt!"

"Mach' mal 'n Punkt", sagte Morelli, ohne den Blick von der Decke zu wenden "du schlägst mehr Krach als eine herumziehende Heilsarmeekapelle."

"Verflucht noch mal!" Abelson stand auf, ging zu Sanders hinüber und kniete neben ihm nieder. "Was liest du denn da, Seifengesicht?" Dabei streckte er die Hand aus und nahm das Buch weg.

"Lass ihn doch zufrieden," meinte Morelli.

Der Jude lachte. "Ich tu' dem armseligen Kaffer schon nichts. Was ist das? Die Heile Schrift? Heiliger - Dreck! Nanu? Willst du wohl, unartiger Bengel!" Er hielt den sich windenden Sanders auf den Decken fest. "Ruhig, Kerlchen", pustete er.

Sanders wurde unter dem schweren Arm plötzlich ruhig wie der Tod, während jede Muskel seines Körpers gespannt war.

"Lass doch das arme Lude in Ruhe", sagte Morelli von seinen Decken aus.

Er sprach müde, wie ein alter Mann zu Kindern redet, der seine Vorwürfe automatisch herunterleiert, ohne Hoffnung, dass seine Worte befolgt werden könnten, ohne die Kraft, ihnen Nachdruck zu verleihen.

"Ruhig!" Abelsons Ton klang verächtlich, er schwang plötzlich ein Bein über Sanders und setzte sich rittlings auf den mageren Rücken des Liegenden. Dann nahm er die Bibel in beide Hände, schlug sie aufs Geratewohl auf und begann zu leisen:

"Doch habe ich dir vorzuwerfen, dass du das Weib Jesebel, die sich eine Prophetin nannte, meine Dienerin, zur Hurerei und zum Essen unreiner Speisen verführen liessest. Ich gab ihr Zeit zur Reue, aber sie bereute nicht. Deshalb will ich sie in ihr Bett werfen...."

Plötzlich sprang Morelli auf und brüllte: "Halt deine stinkige Schnauze, du Schwein!"

Mit einem Satz war Abelson auf den Füssen; hinter ihm tauchte Sanders auf. Er sah Morelli an und flüsterte mit einem Zischen, das lauter als ein Schrei erschien: "Was sagst du....sag's noch einmal....ich will es genau hören...."

Unmittelbar an seine Worte schloss sich ein hysterisches Kreischen aus Sanders Munde:

"Sie hätten weiterlesen sollen! Es steht auch geschrieben: "Ich will sie nach ihren Werken behandeln!"

Die anderen achteten nicht auf ihn – er existierte nicht für sie. Morelli kam näher; seine nackte Brust hob und senkte sich in einem jener Anfälle,die als ein Zeichen bis zum Zerreissen angespannter Nerven den Menschen nur noch stotternd sprechen lassen...Durch Sanders' hohes Kreischen schrie er:

"Ich sagte: Halt die Schnauze,verdammtes Schwein...Hast du's jetzt verstanden?"

"Gut", sagte Abelson. Er trat einen Schritt zurück und zog den Gürtel fester. "Gut,Mr.Houdini, oder wie dein Dagoname sonst sein mag. Ich werde dir deine Worte mitsamt deinen schönen Zähnen schon in den Rachen zurückstossen..."

Dazwischen wieder Sanders: "Jeden von euch nach seinen Werken..." Dann wurde es still. Abelson trat wieder zurück, seine Fäuste ballten sich,seine Arme wurden zu unerbittlichen Kolben, auf denen das Oel glänzte,als er sie leicht hin und her schwang.

Morelli stand und blieb massig,klein und gedrungen,stark,aber aussichtslos, stehen. Auch seine Hände ballten sich,aber zu schwachen Gebilden,und seine Arme blieben Arme; er zitterte vor Wut. "Da komm also 'ran!" schrie er.

Abelsons Füsse begannen tänzerische Bewegungen zu vollführen,als er sich näherte....

Dann ertönte ein Rauschen und Gleiten,das in einem Fall endigte; der Sergeant stürmte wie ein Unwetter herein,ergriff Morelli an der Schulter und schmetterte ihn gegen die Wand,dass er stürzend die Balance verlor. Im nächsten Augenblick stemmte er beide Hände gegen Abelsons nackte Brust und warf ihn, sein ganzes Gewicht in den Stoss legend, der längelang auf Sanders Decken.Dann ergriff er Sanders, an der Prise seines halb aufgeweichten Hemdes und sandte ihn krachend über den ausgestreckten Abelson hinweg zu Boden.

In der Mitte des Raumes blieb er stehen und sah sich um,den Helm weit zurückgeschoben. Sein vom Aerger noch dunkler gefärbtes braunes Gesicht erschien unter dem Helmrand wie das eines wilden Tieres; er neigte sich ein wenig,stiess die Schultern vorwärts, bog die Arme und krümmte die geöffneten Finger.

"Ihr verfaulten Schweine! Ihr dämliches Pack von Sonntagssoldaten! Quatscht und redet und betet und wollt euch raufen! Was zum heiligen Donnerwetter denkt ihr euch denn! Und für was haltet ihr mich eigentlich? Glaubt ihr vielleicht,weil ich Abelson von Cook zu aller Besten eine Tracht Prügel verabreichen liess, das ginge nun so weiter? Bei Gott, ihr sollt Soldaten sein, und ich werde euch dazu machen,ihr blöden Hunde!....Morelli, Hand an,Patronengurt um, aufs Dach vorwärts! Sie stehen, bis Sie abgelöst werden. Sanders,helfen Sie ihm 'rauf und stehen Sie dann Posten zwischen den Bäumen. Schnell,gefälligst! Schmeissen Sie das verdammte Buch weg! Abelson, machen Sie sich fertig und schütteln Sie draussen Datteln,solange,bis ich Ihnen befehle aufzuhören."

Abelson,dessen Augen glühten,stand langsam auf. Morelli zog sich still und folgsam das Hemd an, Sanders lag da,wohin ihn Abelsohs Aufstehen befördert hatte.

Der Sergeant behielt seine Stellung bei; er schien sprungbereit,seine Augen trafen auf Sanders: "Vorwärts,Sie da..." und fuhren zurück zu Abelson, dessen Fäuste sich wieder bewegten,während der Schaum ihm in den Mundwinkeln stand.

"Sie wollen uns niederschlagen,was?"

Der Sergeant reckte sich und lachte,ein seltsames,feuriges Lachen.

"Du bist nicht gerade verrückt,mein Junge,aber du bist dämlich,das bist du...Was möchtest Du denn gerne? Mit mir anbinden? Du dummer Junge mit deiner Groschenboxerei...Wären wir hier heraus,dann würde ich mir dich malvornehmen und windelweich schlagen....merk' dir das....."

(Fortsetzung folgt.)